

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 28. Dezember 1895.

Insertate die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Waisenstraße Nr. 12.

Inhalt: D. Met.-Arb.-Verb. Bekanntmachung. — Die Handwerkerkammern. — Verschärfungen des Lohnsystems. — Englische Winkertons. — Verbreitung der Gewerbergerichte in Deutschland. — Parlamentsartikel. — Benetton; Ein Solf-mado-man. — Deutscher Metallarbeiter-Verband; Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Alg. Kr. u. St. R. d. W.: Düsseldorf. — Die Verurteilung der Graueure und Biskere in Belgien. — Vom Konstitutionsrecht in Preußen. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches. — Briefkasten.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: Nach Lübeck (Aktien-Maschinenfabrik); von Fellenhauern nach Durlach (Fibber), Dielefeld i. Westf. (Firma Zimmermann); Basel; von Dreheren und Schlossern nach Mannheim (Kienling); von Schlossern, Dreheren und Formern nach Reidenfels b. Lambrecht (Heumer); Schlossern nach Stendal (Arnold'sche Eisenmühlfabrik); von Formern nach Augsburg (Firma Rent), nach Wittich bei Aulzig a./Elbe (Gießstahlhütte von Arnold & Kref).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Den Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten, Vertrauensmännern etc. diene hierdurch zur Nachricht, daß ihnen in den nächsten Tagen, noch vor dem 1. Januar, das für die Erhebung der Arbeitslosigkeit der Beamten, Mitglieder notwendige Material zugewandt wird. Diejenigen, welche es bis zum 1. Januar nicht erhalten haben, wollen umgehend reklamieren.

Ferner empfehlen wir die heutige Bekanntmachung auf Seite 5 der vorliegenden Nummer der besonderen Beachtung der Mitglieder.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Die Handwerkerkammern.

Der völlige Stillstand der arbeiterfreundlichen Sozialpolitik hat den Aetierungskreisen die nötige Mühe geschaffen zur Fortführung der „vernünftigen Sozialpolitik“, die die junkerlichen Agrarier und die Handwerker in der letzten Zeit immer stürmischer forderten. Für beide Interessentkreise hat die amtliche Pflege der „vernünftigen Sozialpolitik“ bereits schöne Früchte gezeitigt: Für die Agrarier und Konsortien den Entwurf zu einem neuen Zuckersteuergesetz und für die Handwerker respektive Zünftler den Entwurf zu einem Gesetz über die Handwerkerkammern. Nach dem ersten Entwurf soll die letzte Verbrauchsabgabe für Zucker 31 1/2 Millionen Mark pro Jahr mehr abwerfen, wovon 20 Millionen mehr als bisher den Zuckerbaronen an Ausfuhrprämien geschenkt werden sollen. Die Zuckerbarone selbst verlangten die Erhöhung der Prämie auf 3 M., die Regierung aber in ihrem maß-

losen Entgegenkommen auf Kosten des Volkes bietet eine Prämie von 4 M. Ferner will sie eine neue Betriebssteuer einführen, um die kleinen Zuckerrabriten gegenüber den großen zu begünstigen, natürlich ebenfalls auf Kosten der Konsumenten. Diese Aktion der „gesunden Sozialpolitik“ wird für den deutschen Konsumenten das Pfund Zucker um 5 S erhöhen, den ausländischen Konsumenten aber den deutschen Zucker zu billigerem Preise als bisher liefern.

Der Entwurf betreffend die Handwerkerkammern bedeutet zwar eine weitere Stärkung des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterklasse, der man konsequent und schroff die Arbeiterkammern und Arbeitsämter verweigert, allein die Handwerker, d. h. die zünftlerischen, sind damit doch sehr unzufrieden. Nicht eigentlich das Projekt selbst betrifft die Unzufriedenheit, als vielmehr den Umstand, daß nicht die Zwangsinnungen vorerst durch ein Gesetz geschaffen wurden. Die einschlägigen Bestimmungen haben die Zünftler bereits im Anfange dieses Jahres der Welt kund und zu wissen gemacht. Am 14. und 15. Januar fand im Reichstage die Debatte über die Handwerkerfragen statt, wobei Minister v. Bötticher die Vorlage eines Entwurfes für die Handwerkerkammern in baldige Aussicht stellte und bereits am 28. Februar hatte der „Vorstand des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands“ (Faster, Warnke, Bentel, Coban, Schöning, Sessel, Runge, Meyer, Dr. Schulz, sämtlich in Berlin), in der Sache eine Audienz beim Reichskanzler Hohenlohe. Derselbe unterhielt sich mit den Herren dreiviertel Stunden lange und versicherte sie schließlich seines vollen persönlichen Wohlwollens. Gleichzeitig hatten die genannten Herren die Freude, von Sr. Majestät im Vorübergehen huldvollst begrüßt zu werden.

Beim Reichskanzler hinterließen sie eine Eingabe, in welcher sie sich über die Handwerkerkammern, die damals projektirte Stichproben-Enquete über die Handwerksverhältnisse und ferner über die Zwangsinnungen, sowie deren Verhältnis zu den Handwerkerkammern äußerten. Darnach wünschten sie vor Errichtung der Handwerkerkammern die Organisation der „örtlichen Untergliederungen“, welche nach dem Willen der Handwerker möglichst rein sachliche sein sollten. „Nach unserer Meinung stellen diese Untergliederungen (Innungen), die notwendige Hauptsache dar, welche wohl auch bestimmend für die Einrichtung der Kammer selbst werden wird.“ Daran wurde unmittelbar die Befürchtung geknüpft, daß das Ergebnis der Handwerks-Enquete ein unerwartet negatives wird und aus derselben ein so bedeutender Schwund des selbständigen Handwerks heraustritt, daß die Bundesregierungen zu dem Schlusse kommen, es verlohne sich nicht, in den örtlichen Untergliederungen eine besondere sachliche Handwerksorganisation festzulegen; man läßt es dann bei den neuen gemischten Hand-

werkerkammern bewenden und beschränkt sich vielleicht höchstens auf den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen über die Gestaltung des gewerblichen Behrungs-wesens.

Der Hauptgrund, warum die Zünftler von den Handwerkerkammern vor den Zwangsinnungen nichts wissen wollen — damals wie heute noch — liegt in dem Bewußtsein, daß die Innungen kaum 5 bis 10 Prozent der Handwerksmeister der verschiedenen Berufe zu Mitgliedern zählen und daß die 90—95 Prozent nichtzünftlerischer Handwerker mit den thürischen Bestrebungen der Innungen nicht einverstanden sind. Der Beweis hierfür liegt außer dem Fernbleiben von den Innungen auch noch in dem regelmäßigen Scheitern aller Versuche, welche bisher zur Gründung einer Handwerker- oder Mittelstandspartei gemacht wurden. Die Zünftler sind konservativ, gehen mit den finsternen Reaktionsären wie unversämtesten Volksausbeutern, z. B. den Agrariern, Hand in Hand, während ein großer Theil der nichtzünftlerischen Handwerker zur sozialdemokratischen Partei und ein weiterer großer Theil zu den freisinnigen und nationalliberalen Parteien gehört. Unzweifelhaft gehören auch von jenen Handwerkern, die mit der ultramontanen Partei gehen, nicht viele den Innungen an, die demnach nichts anderes als reaktionär-konservative Anhängel der reaktionär-konservativen Partei sind.

Die Zünftler sind sich dessen auch bewußt und darum befürchten sie, daß bei den Wahlen in die Handwerkerkammern die nichtzünftlerischen Handwerker die Mehrheit erhalten und die schreienden Zünftler selbst eine unbedeutende Minderheit von Vertretern erlangen werden, wie dies den thatsächlich bestehenden Verhältnissen voll und ganz entsprechen würde. Aber eine so gerechte Vertretung wollen die Zünftler nicht. Wie ihren Protektoren, den Junkern und Kreuzgezungskrittern, ist es auch ihnen um die Herrschaft und ihre Sonderinteressen, nicht aber um das Recht und das allgemeine Wohl zu thun. Nichtzünftlerische Handwerkerkammern würden die Innungsbewegung mit ihrer Zünftlei sabotieren und ihre Bestrebungen für Hebung des Handwerks auf andere Ziele, als etwa den Befähigungsnachweis lenken.

Dieser Gedankengang ist auch in der erwähnten Eingabe zu finden. „Ein wichtiges, gegen die sofortige Errichtung von Handwerkerkammern ohne lokalen Unterbau, sprechendes Moment liegt für uns in der Zwietracht, welche unausbleiblich unserer Ueberzeugung nach durch die Wahlen zu den gemischten Kammern mitten in die Handwerkerkreise hineingetragen werden wird: es werden die korporirten Handwerker, die Innungsmeister auf der einen, die Nichtinnungsmeister, die den Korporationen fern gebliebenen Handwerker auf der entgegengesetzten Seite stehen. Anstatt des Friedens und der Befriedigung, welche Segnungen wir von der Schaffung einer

richtigen Organisation für alle Glieder und Angehörigen des Handwerkerstandes erhoffen, wird der Unfriede unter den verschiedenen Parteistandpunkten der Kammermitglieder geradezu hervorgerufen. Wir möchten solche schweren, die Einigkeit im Handwerkerstande gefährdende Gewaltproben von demselben ferngehalten wissen; er ist für dergleichen Stürme nicht widerstandsfähig genug.“ Was da gesagt wird über die Gestaltung der Dinge in den Handwerkerkammern ohne die Zwangsinnungen, das gilt aber doch in gleichem Maße auch für diese. Bewegten sich die Ideen und Bestrebungen der Zünftler in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, so müßte ihre verbende und überzeigende Kraft zum einigenden Bande für alle Handwerker werden und zwar in den Kammern so wohl als in den Innungen und die Folge davon müßte die Zurückdrängung aller politischen Differenzen sein. Da dem aber nicht so ist, so werden die Zünftler unterlegen mit oder ohne Zwangsinnung und sie werden unterlegen in der Zwangsinnung wie in der Handwerkerkammer. Bisher waren die Zünftler in ihren Innungen allein unter sich und ebenso auch auf ihren „Tagen“. Zwingen sie aber nun alle Handwerker in das zünftlerische Profiteßbett, so wird daselbe bald zerstückt sein; die sozialdemokratischen und die anderen nichtzünftlerischen Handwerker werden die Zünftler in die Kumpelkammer werfen und was dann bleibt, das sind obligatorische Berufsgenossenschaften (Gewerkschaften), die entweder eine den Zeitverhältnissen entsprechende Thätigkeit entfalten oder gar nichts thun werden. Eine Folge der Zwangsinnungen für die Handwerker werden aber die obligatorischen Berufsgenossenschaften für die Arbeiter sein, den Handwerkerkammern werden die Arbeiterkammern folgen müssen. Wollen die Konservativen die zünftlerischen Wechselbälge als Anhängel auch fernhin behalten, so werden die Faster, Bentel und Konsorten in die Zwangslage kommen, neben den Zwangsinnungen noch freie Innungen zu gründen.

Die Eingabe schließt: „Ist erst über diese sachlichen Untergliederungen wirkliche Klarheit der Meinungen geschaffen, so baut sich auch die Organisation der Handwerkerkammern unter allgemein geklärten Handwerkerverhältnissen auf. Wir glauben dann auch ohne Sorge vor sozialdemokratischen Erschütterungen in jeder Weise an die Probe der Organisation des Handwerks zu aller Theilhabenden Segen und Befriedigung herantreten zu können.“ Obwohl der Hinweis auf die „sozialdemokratischen Erschütterungen“ in der Eingabe nur ein zweckbewußtes, berechnetes Schwanken mit dem rothen Lappen ist, um auf den greifen Reichskanzler tiefen Eindruck zu machen, so beweist er doch, daß die Zünftler eine dunkle Ahnung von den kommenden Dingen haben. Sie dürfen sich auch in der That versichert halten, daß die mit Gewalt in die Zwangs-

Innung geschleppten sozialdemokratischen und andern nichtgünstlichen Handwerker den heute in allen Amtszimmern antischandkämpfenden Zincklern bald die Freude an den Zwangslösungen verherben werden.

Die Regierung hat sich durch alle die gnostischen Vorstellungen nicht imponieren lassen und ist bei ihrem Plan von der Errichtung der Handwerkerkammern geblieben. Der Handelsminister v. Verlepsh, welcher für die Zinckler gewonnen war, ist mit seinen Plänen über den obligatorischen Unterbau für das gesamte Handwerk, unterlegen. Der Böttcher'sche Entwurf eines Gesetzes betreffend die Handwerkerkammern ist jüngst veröffentlicht worden. Darnach ist die Errichtung der Handwerkskammer fakultativ und sie kann vollständig außer Frage gestellt werden, sobald der Bundesrat erklärt, daß in dem Bezirke die Handwerksinteressen durch die bestehende Handels- und Gewerbekammer genügend vertreten seien. Wahlberechtigt ist jeder Handwerker, der ein Jahr lang selbstständig und 25 Jahre alt ist; zur Wählbarkeit ist das 80. Lebensjahr erforderlich. Die Innungen erhalten das Privilegium, einen Teil der Kammermitglieder von sich aus zu wählen. Die Steuern zur Erhaltung der Kammern haben die Handwerker zu bezahlen. Der Charakter der Handwerkskammer ist der einer beratenden und begutachtenden Behörde.

Die Zinckler setzten in den letzten Wochen alle Hebel in Bewegung, um zuerst die Zwangslösung zu erlangen und die Handwerkerkammern vorläufig zurückzustellen. Sie erreichten damit aber nichts und der Reichstag wird sich also mit der Böttcher'schen Vorlage zu befassen haben. Von unserem Standpunkt aus ist gegen die Errichtung von Handwerkskammern nichts einzuwenden, nur müssen wir dann auf unserem Rechte beharren und für die Arbeiter Arbeitskammern fordern. Dafür hat Herr v. Böttcher bekanntlich keine Sympathien.

Verschönerungen des Lohnsystems.

Vor ein paar Jahren besprach Schippel in der „Neuen Zeit“ ausführlich die mannigfaltigen, vom Kapital beliebten Formen der Lohnzahlung. Der Akkordlohn drückte schon scharf genug auf den

Ein Self-made-man.*)

(Aus dem Englischen der „Justice“ von A. B.)

In der kleinen Stadt Nutbridge gab es große Aufregung. Es war Wahlzeit, und der populäre radikale Kandidat des Nutbridge-Bezirks von Swanpsire, Sir Jasper Nutley, sollte diesen Abend in der Stadthalle an die freien, unabhängigen Wähler das Wort richten. Sir Jasper Nutley war einer der Chefs der bekannten Firma Scrawson und Nutley, Wasserbau-Ingenieure von Nutbridge und Wolverhampton. Er war hauptsächlich darum als Kandidat der radikalen Partei aufgestellt worden, weil er zu den wohlhabendsten Persönlichkeiten des Bezirkes zählte und kürzlich sogar als Verdienst für seine Anhänglichkeit an die radikale Sache (die besonders finanzieller Art war), zum Baron avancierte.

Sir Jasper Nutley galt im Allgemeinen als ein sogenannter Self-made-man. Es waren in Nutbridge Leute, die der Zeiten gedachten, wo er noch in der Fabrik, deren Haupt er nun war, als Tagelöhner beschäftigt war. Jedoch waren sie nicht mehr sehr zahlreich vorhanden, denn auf die eine oder andere Weise hatte die Firma es immer von

*) Englische Bezeichnung für Jemanden, der aus eigener Kraft sich emporgearbeitet.

Arbeiter. Wie jeder richtige Preussensein Gen darmen, so habe der Akkordarbeiter seinen Arbeitstretler selbst in der Brust. Er müsse alle Kräfte anspannen, um schnell zu schaffen und die in der Hitze der Arbeit so mit unterlaufenden Fehler seien wieder ein unausführlicher Anlaß für Lohnabzüge. Viel mehr als der Bettelohn spaltete der Stückerlohn die Arbeiter in sehr verschiedene bezahlte Schichten auseinander, mit anscheinend wenigstens ganz verschiedenen Interessen. Der Akkordlohn unterliege der Tendenz, daß der Akkordarbeiter trotz ungleich höherer Körperanstrengung im Durchschnitt etwa nur das gleiche Lohnniveau wie der bequemere schaffende Bettelarbeiter erreiche. So wirkte der Akkord auf Steigerung der Arbeitsausbeutung und strebe, den geschlossenen Überstand der Arbeiter zu verfrühen; eine ganze Reihe dem Kapital wohlgefälliger Wirkungen gehen von ihm aus.

Aber die kapitalistische Kunst denkt nicht daran, bei dem verhältnismäßig noch so einfachen Stückerlohnssysteme Halt zu machen. Die verschärftesten Abzugsmethoden sind erfunden und ausgeführt worden, um jene angenehmen Wirkungen des einfachen Stückerlohnes noch intensiver zu gestalten. Die ganze Kunst dabei, sagt Schippel, läuft auf Eines hinaus: man theilt den Lohn in einen festen und einen veränderlichen, beweglichen Bestandteil. Der feste Bestandteil entspricht dem gewöhnlichen Bettel- oder Stückerlohn, der bewegliche Theil aber dient dazu, die Arbeitswuth auf's Aeußerste anzustacheln. Bald ist es die Beschleunigung der Arbeit, bald der geschäftliche Jahresgewinn, bald die Reduzierung gewisser Ausgaben u. d. m., wovon die Höhe dieser zu dem gewöhnlichen Lohne hinzukommenden Prämien abhängig gemacht wird.

Die Beispiele, welche in der „Neuen Zeit“ für diese raffinierten Lohnmethoden beigebracht wurden, waren englischen und amerikanischen Verhältnissen entnommen. Die „Blätter für soziale Praxis“ veröffentlichten jetzt einen Artikel von Mattutat, in welchem die Prämienwirtschaft auf deutschem Boden, in der Textilindustrie in der guten Stadt Augsburg, sachkundig geschildert wird. Die durchaus arbeiterfeindliche und korrupte Tendenz dieser Lohnordnung wird auch hier treffend hervorgehoben.

Um die Kraft der Arbeiter auf's Aeußerste anzuspornen, angeblich ge-

Zeit zu Zeit verstanden, für eine gerecht scheinende Entlassung zu sorgen, um sich so nach und nach der meisten alten Arbeiter zu entledigen, die sich noch an Sir Jasper erinnerten, als er an derselben Werkbank mit Sam Jackson, der als einer der tüchtigsten Arbeiter der Fabrik galt, arbeitete. Eines Tages sprachen sie untereinander über einen neuen Elevator, der aus der Fabrik hervorgehen sollte.

„Ich fürchte, die Sache wird nicht recht klappen, so wie sie jetzt ist“, sagte Jackson.

„Ja, ja, ich glaube auch wahrhaftig, daß Du die Sache besser verstehst“, spottete Nutley.

„Gewiß, ich wüßte auch, wie daraus eine ganz nette brauchbare Sache herzustellen wäre“, antwortete Jackson.

„Na, und wie denn?“ fragte der andere.

„Ei, das werde ich Dir nicht sagen! Uebrigens mir liegt nichts daran, wenn Du darnun weißt, daß ich zu Hause verfrucht habe, ein Modell herzustellen und dabei einige meiner Ideen und Erfindungen anzuwenden. Das hat nun einen ganz vortrefflichen Erfolg ergeben.“

Sam Jackson verließ sich zu sehr auf die Unwissenheit und Gleichgültigkeit seines Arbeitsgenossen, da Nutley eben genügend als ein gleichgültiger, unanstellig Arbeiter bekannt war, der sich mehr

zwingen durch die auswärtige Konkurrenz, haben fast alle Weberleien Augsburgs das Akkordsystem zum Prämien-system erweitert. Grundlage blieb natürlich der Stückerlohn; aber dieser wurde so niedrig bemessen, daß die Arbeiter gezwungen sind, alle Kraft daran zu setzen, um über den Stückerlohn hinaus noch Prämien zu erhalten. So wird uns eine Reihe von Akkordlohnern aus einer der größten Augsburger Weberleien mitgeteilt, woraus sich die schreckliche Niedrigkeit der reinen Lohn-einnahme vieler Arbeiterkategorien ergibt. Die Sätze sind je nach Art des zu verwebenden Stoffes und der Arbeits-schwierigkeit verschieden. Bei neun Arten von Webarbeit bleibt nach Mattutat der durchschnittliche Tagesverdienst des Akkordarbeiters unter 1 Mk. (in manchen Fällen bedenkend tiefer), bei den übrigen noch angeführten sieben Weberleien steigt er auf 1 Mk. als obere Grenze und überschreitet dieselbe zuweilen um einige Groschen. Mattutat scheint allerdings die am ungünstigsten gestellten Webarbeiter dieser Berechnung zu Grunde gelegt zu haben, denn der gewöhnliche durchschnittliche Verdienst aus dem bloßen Akkordlohn schwankt nach seiner allgemeinen Angabe für zwölf Webtagstage zwischen Mk. 10 und 24, und steigt in wenigen Fällen über Mk. 30. Auch dieser Durchschnitt ist äußerst niedrig, immerhin aber höher als die eben angeführten Spezial-sätze erwarten ließen.

Auf Grundlage dieser Akkordlohnung erhebt sich dann der Unterbau der Prämienzahlung, die sich nach dem Lohnverdienst der Arbeiter richtet. Je größer der zwölfstägige Verdienst eines Arbeiters nach den feststehenden Akkordlohnern, eine um so höhere Prämie hat er noch als Zuschlag zu erwarten. Dabei ist die Steigerung der Prämien eine progressive, derart, daß mit dem höheren Lohne auch der Bruchtheil des Lohnes, den der Arbeiter als Prämienzuschlag bezieht, zunimmt. So beträgt z. B. bei einem zwölfstägigen Lohnverdienste von Mk. 12 der Prämienzuschlag in einer Fabrik Mk. 1,20, bei Mk. 18 Lohn Mk. 1,40, bei Mk. 14 Lohn Mk. 1,80, bei Mk. 15 Lohn Mk. 2,50, bei Mk. 16 Lohn Mk. 3,10, bei Mk. 17 Lohn Mk. 3,70 u. s. w.

Neben dem Lohnverdienste wird bei der Prämienzahlung oft noch die Tourenzahl der Webstühle, die Art der Gewebe, die Anzahl von Stühlen, die ein Arbeiter bedient, in Betracht gezogen. Die Berechnung der Prämien wird dadurch ver-

für Spiele interessirte als für die Werkstätte und seinen Beruf.

Doch diesmal spitzte er bei der Erzählung Sam's die Ohren, während er sich den Anschein zu geben suchte, als beachte er die ganze Erzählung nicht, und als scheere er sich nicht im geringsten darum.

„Du wirst noch mit Delner Hitze das Haus anzünden“, bemerkte er gleichgültig nebenbei.

Sam wurde dadurch noch mehr gereizt, und er erging sich in eine weitläufige Erklärung und Detailirung über seine Verbesserung des Elevators, bis er schließlich mit dem Versprechen endete, den nächsten Tag das Modell zur Besichtigung mitzunehmen.

Das wollte eben Nutley erreichen, er war aber so vorsichtig, seine Freude über die Erreichung seines Wunsches für sich zu behalten.

Den nächsten Tag brachte Sam das kleine Modell in dem Korbe, in dem er für gewöhnlich sein spärliches Mittagsmahl trug, mit.

Es war eine ziemlich schwerfällige Arbeit, aus Messing, Nollen, Klöben, kleinen Zahnrädchen und Federn zusammengefecht. Nutley, der wohl mit auffälliger Ungeduld auf Sam's Erklärungen horchte, war aber nicht so dumm, um nicht die Wichtigkeit der Erfindung sofort zu er-

widelter, aber die Tendenz des ganzen Systems, die Kraft des Arbeiters auf's Aeußerste auszupressen, tritt hier noch mächtiger hervor.

Die Kräftigsten und Geschicktesten mügen bei diesem System ein wenig profitieren, die Menge wird entschieden benachtheiligt. Sie verdient kleine, und wenn irgend welche störende Umstände eintreten, wenn zum Beispiel das Rohmaterial gerade nichts taugt, die Maschine schlecht geht oder der Meister mit einem neuen Arbeitsauftrage auf sich warten läßt, gar keine Prämien. Jeder kleine Arbeitsausfall durch Unwohlsein oder Versäumnis trifft den Arbeiter doppelt, weil außer dem Lohne nun auch die in den vorhergehenden Tagen vielleicht halb schon erarbeitete Prämie verloren geht. Auch darf man nicht die kluge Einrichtung vergessen, daß Strafabzüge für Arbeitsfehler, die in der Unstille geschürten Hast des Schaffens kaum zu vermeiden sind, bei Berechnung der Prämien vorher von dem Lohnverdienst in Abzug gebracht werden und so den Arbeiter gleichfalls doppelt treffen. Denn mit dem Lohnabzug verringert sich zugleich die Prämie, auf die der Arbeiter sonst Anspruch hätte. Das ganze System trägt dazu bei, das Einkommen unsicher zu machen und die größten Unterschiede in der Lebenshaltung hervorzurufen. Es kommt vor, daß, wenn Arbeiter schlechte Arbeit, unglünstiges Rohmaterial u. s. w. vom Meister zugeschaut erhalten, sie mit zwölfstägiger Arbeit schließlich ganze 6 bis 8 Mk. verdient haben.

Neben der Prämierung der einzelnen Arbeiter nach ihren Leistungen steht als schöne Ergänzung die sogenannte „Saalprämie“, ein Zuschlag, der dem Arbeiter, welcher in einem ganzen Fabriksaal den höchsten Lohn erreicht hat, verabsolgt wird.

Ein das Strebertum unter den Arbeitern künstlich züchtender Anstachelungsapparat, den Schippel bereits als ein „geradezu scheußliches“ Kuriosum erwähnte!

Noch korrupter wirkt aber unter diesen Umständen die Anwendung des Prämien-systems auf die Meister. Ihr fester Gehalt ist unzulänglich, sie sind also ganz auf Prämienzuschläge angewiesen, die sich nach dem Gesamtverdienst der ihrem Kommando unterstellten Arbeiter berechnen.

So werden die Meister zu Antreiberndressirt, und zwar zu Antreibernd, die ein

kennen, und er sagte den Entschluß, sie sich anzueignen. Er kehrte aus diesem Grunde nach dem Mittagessen einige Augenblicke früher in die Werkstatt zurück als seine anderen Kollegen und nahm aus Sam's Korbe das Modell, verbarg es unter einem Haufen von Eisenabfällen und legte an dessen Stelle einige Messingstücke von ungefähr gleicher Schwere.

Im Laufe des Nachmittags begab er sich dann zum Wächter am Eingang der Fabrik.

„Ich zeige nicht gern einen Kameraden an“, sagte er, „aber was Recht ist, ist Recht, und was sein muß, muß sein, Unrecht thun aber ist Niemandens Recht. Ich kann daher nicht dastehen und zusehen, wie beinahe vor meinen Augen der unverschämteste Diebstahl vollführt wird.“

„Was meint Ihr damit?“ fragte der Wächter.

„Ich meine nichts, mir scheint es nur sehr sonderbar, daß Sam Jackson immer sein bißchen Mahlzeit in einem Korbe mitbringt. Mitbringt er darin wohl das Essen, was er aber damit hinausträgt?“

„Wenn Ihr etwas Bestimmtes wißt, warum geht Ihr nicht und zeigt es bei der Firma an?“

„Das möchte ich nicht, ich bin doch kein Denunziant! Ich will Euch nur so viel sagen, haltet Eure Augen offen!“

unmittelbares Interesse daran haben, die schwächeren Verdienner zu Gunsten der stärkeren zu benachteiligen. Diesen werden die Meister die lohnendere Akkordarbeit, das glücklichere Rohmaterial u. s. w. zuwenden, denn je höher der Akkordlohn der besseren Verdienner in die Höhe geschraubt werden kann, umso mehr wächst der Prämienzuschlag, der auf die gesammte Arbeitergruppe entfällt, umso mehr also auch die Prämie, die der Meister selbst zu erwarten hat. Die langsameren Arbeiter haben das Nachsehen, sie werden an die ungünstigsten Posten geschoben.

Die Folgen kann man sich denken: Strebererei und Konkurrenz der Arbeiter untereinander; Mißgunst und Neid gegen die Begünstigten, Raubdruck und Arlechererei vor dem Meister, Zigarrenpräsenze und dergleichen Gunstwerbungen mehr, um Bevorzugungen bei der Arbeitsantheilung zu erlangen: kurz eine künstlich erzeugte widerwärtige Korruption. Doch was thut das? Die Arbeitswuth wird angestachelt und der Profit wächst. Die Demoralisirung aber und vorzeitige Krafterschöpfung durch gesteigerte Arbeitslast sind keine Posten, die in dem Hauptbuch des Kapitalisten die Debetseite belasten. Das rechnet nicht in dieser schönsten aller Welten.

Englische Pinkerton's.

Dem „Sozialdemokrat“ wird aus London geschrieben:

„Groß ist der Ruf der Pinkerton's in Amerika, und wennschon Amerika weit ist, wie der sprachwörtliche Bar und seine Presse korrupt, wie das Beamtenthum des letzteren, so ist doch genug über diese Bande bewaffneter Mörder und Streikbrecher bekannt geworden, um den Namen Pinkerton's für alle Zeiten verächtlich zu machen und mit ihm einen Typus von Söldnern des Kapitals zu bezeichnen, die wie die Heckenreiter des Feudalismus ihren Platz in der Geschichte der industriellen Kämpfe der Neuzeit sich verbient haben. Amerika ist aber nicht mehr damit zufrieden, der Ablagerungsplatz für europäische Importe zu sein; es hat nun auch seinerseits damit begonnen, seine Produkte in das Mutterland zu exportieren. So schickte es sein Korn und ruinierte den Ackerbau Englands; so schickte es seine Millionäre, die die Aristokratie aus- und das Land aufkaufen, um riesige Jagdgehege anzulegen; so schickte es, wenn nicht die Pinkerton's selbst, so doch

die wunderbare Einrichtung zum Anzuckern und Frommen der englischen Kapitalisten, um die Gewerksvereine zu ruinieren.

Was in Amerika Pinkerton's heißt, heißt in England Free Labour Exchange, Streikbrecherbüroe. Jeder Engländer ist frei, das wird ihm jede Zeitung, jeder Politiker, jeder Waffe, jeder Lehrer, jeder Gauner bestätigen, sollte es nicht auch seine Arbeit sein? Zum Teufel mit der Tyrannei der Gewerksvereine, zum Teufel mit dem unerträglichsten Despotismus einer Minorität, welcher das Kapital und den Handel aus dem Lande treibt, die Fabriken und Werkstätten, die Docks und Werften verödet und Hunderttausend freie englische Arbeiter auf die Straße zum Hungern wirft — weshalb? Um den kleinen Ehrgeiz einiger Führer, die Willkür einer Handvoll Arbeiter, ihren grenzenlosen, rücksichtslosen Egoismus zu befriedigen. Zum Teufel mit den Gewerksvereinen, es lebe die freie Arbeit! — und die Free Labour Exchange, die Börse für freie Arbeit, die Streikbrecherbüroe entstand. Graeme Hunter ist der Pinkerton Englands, der Kämpfe für Kapital und freie Arbeit. Oben wir, was dieser Ritter ohne Furcht und Tadel, ein Mann von großer Energie und ebenso großem Selbstvertrauen, aber eine dieser Hyänen, die vom Unglück seiner Nebenmenschen lebt, uns von seiner Thätigkeit erzählt: „Meine Thätigkeit ist eine Art Bürgerkrieg. Ich verpflichte mich, gelehrte und ungelehrte Arbeiter von gutem Charakter und hinreichender Fähigkeit zu liefern und in Konkurrenz mit Gewerksvereinen zu bringen. Meine Aufgabe ist es, den Arbeitern zu ermöglichen, für sich selbst zu denken, frei von dem Einfluß der sogenannten Arbeiterführer; erprobt Arbeitssuchende durch die Zahlung der Reisekosten bei der Annahme der Arbeit zu unterstützen; die Sparsamkeit unter ihnen zu ermutigen. (1) Dies letztere ist meine Hauptaufgabe. Ich zahle den Arbeitern gute Löhne, ich nähre sie gut, ich kleide sie gut und bestrebe darauf, daß sie eine gute Wohnung bekommen. . . Ich betreibe die Sache militärisch und meine Arbeiter gehorchen meinen Befehlen wie gutdisziplinierte Soldaten ihren Vorgesetzten. Ich verpflichte Sie, jeder, der sich nicht fügt, wird sofort entlassen. Wir haben Revellen um 5 Uhr Morgens und wir haben unseren regelmäßigen Appell des Tages so gut wie das Militär. Wir sind sehr streng, was Reinlichkeit angeht; jeder Mann hat ein tägliches Bad und

muß mit gepulverten Stiefeln zur Arbeit antreten. Ich gebe meinen Leuten das beste Essen. Die Waaren kaufe ich nicht bei Kaufleuten des Ortes, wo der Streik ausgebrochen ist, da sie dieselben leicht mit schädlichen Stoffen verfecht haben könnten und bereits einmal acht meiner Leute vergiftet worden sind.“ So weit dieser Konbottlere der Streikbrecher; sehen wir nun ihn und seine Schaar an der Arbeit.

Cardpool ist ein kleines Fabrikdorf in Lancashire, dessen Einwohner zum größten Theil in den Kalifabrikwerken von Cartside & Co. beschäftigt sind. Die Hälfte der Arbeiter und Mitglieder der Bleicher-, Färber- und Appretur-Association und die Exekutive dieser Union forderte vor einiger Zeit eine Arbeitswoche von 56 Stunden, den 1/2fachen Lohnsatz für die Ueberzearbeit, Zahlung des Lohnes am Freitag Abend und eine 1/2stündige Essenspause bei Nacharbeit. Die Verhandlungen, die anfänglich von beiden Seiten über diese vier Punkte geführt wurden, fanden durch die Weigerung der Unternehmer ein plötzliches Ende — und der Streik brach aus. Etwa 600 von 1000 Arbeitern schlossen sich demselben an. Nun begann die Thätigkeit Mr. Hunters. Er organisierte seine Streikbrecher, ca. 400 an der Zahl und brachte sie in Extrazügen von Manchester aus nach Stahybridge, einem Ort in der Nähe von Cardpool, von wo sie dann, unter dem Schutze der in den Distrikt gezogenen Extrapolizei zu Fuß und zu Pferde, in die Fabrik einrückten. Hier wurden schnell die übrigen Räume für Schlafstellen u. s. f. eingerichtet. Die Streikbrecher wurden bewaffnet und die von der Union aufgestellten Posten aneinandergesagt, wobei die offizielle Polizei die private Polizei Herrn Hunters mit Nothheit und Rücksichtslosigkeit unterstützte. Welche fanden, wie dies ja selbstverständlich, die Unterstützung der Friedensrichter, die sich aus den reichen Fabrikanten und Grundbesitzern rekrutierten. Jeden Sonnabend werden die Streikbrecher in Extrazügen nach Manchester zurückgebracht. Die Firma zahlt ihnen 18 Schilling die Woche und eine Prämie von 2 Lstr. am Ende des Monats und liefert freie Wohnung und Kost, gearbeitet wird nicht viel, das ist ja auch nicht die Aufgabe der Streikbrecher, und Alles ist auf's Vortrefflichste in dieser vortrefflichsten aller Welten. Unterdessen geht der Streik weiter; die Gewerksvereiner erhalten ihr Streitgeld,

so lange die Union Fonds besitzt und werden, wenn diese zu Ende sind, hungern oder in's Arbeitshaus gehen; Polizei, Friedensrichter und Pinkerton's führen Fabrik und Kapital und die Steuerzahler zahlen die Kriegskosten für die Extrapolizei und die pauperisirten Streiker, bis der Widerstand des Gewerksvereins gebrochen ist, die verhungerten Arbeiter sich bedingungslos unterwerfen. Dann haben die Pinkerton's ihre Pflicht gethan und gehen, um auf einem anderen Schauplatz ihre Thätigkeit fortzusetzen.

Free Labour Exchange, Free Labour Association, das sind die Hauptquartiere, in denen die Unternehmerverbände von ihren bezahlten Agenten die „freien“ Arbeiter organisiren lassen, um bei Streiks eine geübte und bewaffnete Truppenmacht zur Einschüchterung und Unterwerfung ihrer ausländigen, den Gewerksvereinen angehörigen Arbeiter zur Verfügung zu haben. Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Westminster Gazette“, ein liberales Blatt, die angebliche Subskriptionsliste der Unternehmer für die letztere Organisation; sie war klug genug, nur konservative Namen abdruckten — wo aber sind die der liberalen Kapitalisten geblieben, von denen es notorisch ist, daß sie dieses Institut mit großen Summen unterstützen und in Streikfällen zur Lieferung von Streikbrechern in Anspruch genommen haben.

Nicht richtig! Nicht wahr lieber Leser? Aber ist es bei uns mit dem Streikbrechertum nicht fast ähnlich bestellt? Hat der Hirsch-Dunder'sche Gewerksverein nicht wiederholt die Streikbrecherbanne Mr. Hunters gepfeift? Ist nicht der famose „Gutenbergsbund“ bei den Buchdruckern eine ähnliche Organisation? Und steht nicht bei allen Streiks diese Gesellschaft auch bei uns unter dem besonderen Schutze der Polizei? Der einzige Unterschied zwischen Hirschen und Drüben ist der, daß man bei uns zu Bande etwas weniger zynisch zu Werke geht von Seiten dieser Streikbrechergesellschaften, in ihrer Wirkung jedoch bleibt sich das gleich.

Für England wird diese offenbare Parteilahme der Behörden für die Streikbrecher und gegen die organisierten Arbeiter ganz genau dieselbe Wirkung haben, wie in Deutschland, nämlich das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung. So lange als wie sich die Polizei von einer Beeinflussung der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern fernhielt, so lange machte der

Sam argwöhnliche nicht das Geringste, als er Abends seinen Korb aufnahm, und die Werkstätte mit den übrigen verließ. Beim Ausgang wurde er von dem Aufseher aufgehalten.

„Höher, Jackson, was trägt Ihr da in Eurem Korb mit Euch?“ rief er.

„Nichts, was nicht mein Eigen ist“, antwortete Sam.

„Es ist ziemlich schwer, um nichts zu sein“, meinte der Wächter, indem er dabei nach dem Korb langte wollte, während Sam sich bemühte, ihn davon abzuhalten.

Dieser Widerstand bestärkte nur seinen Verdacht, und er riß den Korb aus Sam's Händen.

„Ich möchte beinahe sagen, da dürfte etwas drinnen sein, das nicht Euch gehört“, sagte er, „und Ihr thätet gut daran, mit mir in die Kanzlei des Mr. Screwson zu kommen.“

Eine kleine Gruppe hatte sich während des Wortwechsels um sie geschart, aber schließlich zerstreuten sich die Leute, und als sich Alles entfernt hatte, begab sich der Aufseher mit Sam in die Kanzlei.

Sam war bestürzt und sprachlos, als die Stücke Messing im Korbe entdeckt wurden. Er konnte keine Erklärung dafür geben, und das Ende von der Sache war, daß Mr. Screwson ihm einen Vortrag über Undankbarkeit und die Sünde des

Stehens las und ihm sagte, nur seines Weibes und seiner Kinder willen wolle er von einer Anzeige absehen, aber er sehe sich genöthigt, ihn zu entlassen, er möge sich daher um einen anderen Posten umsehen, und sollte er es sich je einfallen lassen, nur mit einem Schritt die Schwelle seiner Fabrik zu betreten, würde er sich gezwungen sehen, ihn den Gerichten zu überliefern.

Sofort nachdem er die Fabrik verlassen hatte, suchte Sam Jasper auf, erzählte ihm, was sich zugetragen hatte, und beschuldigte ihn des Diebstahls des Modells und der Unterschlebung der Messingstücke.

Jasper horchte mit gut gemachtem Ernst an. Er beherrschte mit vielen Gaben und mit dem Anschein von Enttäuschung, daß er nichts davon wisse. Aber er wäre bereit, sein Bestmöglichstes zu thun, um das Modell wieder zu erlangen und den Dieb ansündig zu machen. Sam mußte sich damit zufrieden geben.

Den nächsten Tag ließ Mr. Screwson Jasper zu sich rufen und sagte ihm, daß er vom Aufseher gehört habe, wie sehr die Firma ihm für seine Wachsamkeit und die Aufdeckung der Schlechtigkeit Jackson's verpflichtet wäre.

Er wäre dankbar und stolz, nun zu wissen, daß er Arbeiter beschäftige, die so viel Interesse für die Wohlfahrt der

Fabrik bewiesen, mit dem richtigen Instinkt ohne Zweifel, wie nahe, er möchte sagen identisch die Interessen des Arbeitgebers mit jenen der Arbeiter wären. Er schloß damit, Jasper auf den Posten eines Oberwerkführers, der eben vakant geworden war, vorrücken zu lassen.

Die Zeit ging dahin. Jasper stellte seinen Mann, er war ein ausgezeichnetes Werkführer, das heißt er war ein vortrefflicher Antreiber. Die Spielstube blieb er natürlich nun und besuchte dafür eine Sonntagschule. Er war ein schlauer Kopf und schritt gerade auf sein erstrebtes Ziel los. Sam Jackson mied er so viel er nur konnte, aber wann und wo er auch immer mit ihm zusammentraf, kam er immer wieder auf die alte Geschichte zu sprechen, mit demselben Bedauern, noch immer das Modell nicht gefunden zu haben.

Sam in dessen verzweifelte nicht. Er suchte, Arbeit zu finden, doch vergebens. Der Ruf eines Diebes wanderte vor ihm her. Mit Berufung auf seine Erfindung, machte er den Versuch, einige der Ingenieure zu sprechen. Man lehnte es ab. Er laurierte mehreren Werkführern auf und versuchte, sie für seine Erfindung zu interessieren. Auch das war nutzlos. Da seine Erfindung nur eine Verbesserung des Screwson'schen Elevators sein sollte, von dem sie übrigens nichts wußten, be-

trachteten sie die ganze Erzählung nur für einen Kniff, wieder in der Fabrik Aufnahme zu finden. Schließlich ließ er alle Versuche, in Northbridge etwas zu erreichen, sein und entschloß sich, anderwärts sein Glück zu erproben. Sein Weib kämpfte während seiner Abwesenheit eine Zeit lang gegen die Noth an, mußte es aber am Ende aufgeben und war noch froh, mit ihren Kindern im Arbeitshaus Unterkunft zu finden.

Der Screwson'sche Elevator war ein arger Mißgriff. Nachdem Sam Jackson bereits ein Halbjahr aus dem Orte verschwunden war, stellte sich Jasper Nutley mit dem gestohlenen Modell in der Kanzlei ein. Mr. Screwson war über die Erfindung entzückt. Er beglückwünschte Jasper zu seiner Geschicklichkeit, Ausdauer und Erfindungsgabe. Es wurden Bedingungen festgesetzt, durch die Jasper Nutley zu ungeheuren Summen gelangen sollte, wenn die Sache von Erfolg gekrönt sei. Die Erfindung wurde patentirt als eine Kombination Screwson-Nutley.

Dies war der Grundstein zu Nutley's Vermögen. Die Kombination Screwson-Nutley wurde nach jeder Richtung als ein Erfolg befunden, und Jasper wurde nun auch noch Theilnehmer der Fabrik. Die Fabrik gewann immer mehr an Ausdehnung, und die Firma Screwson

Sozialismus in England nur langsame Fortschritte, aber seit einigen Jahren besteht die Volksgel in England ihren wahren Verstand in der Sitzung der Kapitalmacht erkannt. Und das ist auch ein Fortschritt!

Verbreitung der Gewerbe-Gerichte im deutschen Reich.

Im August dieses Jahres haben auf Veranlassung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte sämtliche deutschen Landesregierungen ein Verzeichnis der in ihrem Gebiete bestehenden Gewerbegerichte aufgestellt. Die preussische Regierung hat ihre Zusammenstellung im „Staatsanzeiger“ publiziert; die Uebersicht über die übrigen Staaten erscheint zum ersten Male in einer Beilage zur „Sozialen Praxis“. Nach der in dem genannten Blatte angefertigten Statistik bestanden im August 1898 im deutschen Reich 272 Gewerbegerichte. Im Vergleich zu der letzten Zusammenstellung im Jahre 1893, welche 208 Gewerbegerichte ergab, zeigt dies im Laufe von zwei Jahren eine Vermehrung von 64. An diesem Zuwachs sind beteiligt: Preußen mit 40, Bayern und Württemberg mit je 5, Sachsen und Hessen mit je 3, Baden, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha und Bremen mit je 1. Von den 10 deutschen Bundesstaaten, die im Jahre 1893 noch kein Gewerbegericht errichtet hatten, haben inzwischen Sachsen-Meiningen, Anhalt und Meckl. L. je 1 eingerichtet; deutsche Staaten ohne Gewerbegericht sind jetzt nur noch: die beiden Mecklenburg, die beiden Schwarzburg, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Blippe.

Die 26 Großstädte des deutschen Reiches, die nach der Volkszählung von 1890 über 100 000 Einwohner zählten, haben jetzt alle ein Gewerbegericht; 1893 fehlte noch Stettin. Unter den 21 Städten mit 50 000—100 000 Einwohnern sind noch immer ohne Gewerbegerichte: Potsdam (wo aber der Eröffnung nur noch die Erledigung von Wahlprotesten entgegensteht), Wittsburg und Darmstadt; dagegen sind in Dortmund, Kassel und Frankfurt a. O. inzwischen Gewerbegerichte in's Leben getreten. Von den 64 Gemeinden mit 25—50 000 Einwohnern besitzen 48 ein Gewerbegericht, und 3 sind solchen angegeschlossen; folgende 13 Ortschaften dieser Größenklasse haben keins:

und Nutley wurde eine der berühmtesten des Landes. Im Laufe der Zeit starb Mr. Screlson, und Jasper Nutley wurde somit das einzige Haupt der Fabrik. Er war nun eine wichtige Persönlichkeit geworden und wurde der Jugend als aufersehendes Beispiel vorgehalten. Ein Self-made-man — ein Vorbild.

Von beiden politischen Parteien als Kandidat aufgestellt, neigte er sich den Liberalen zu, weil, wie er sagte, er nicht der Aristokratie angehöre. Er glaubte daran, daß jeder Mensch aus sich das Beste machen könne, und nicht an die Leute, die schon mit dem Silberlöffel im Munde zur Welt gekommen sind. Der Liberalismus bedeute den Fortschritt und ein Emporbringen. Er ist fortgeschritten, er hat sich emporgeworfen, durch eigene Kraft. Jeder möge ihm nachahmen.

Und nun war er Sir Nutley, der radikale Kandidat für Nutbridge. Es ist wohl wahr, daß der Engländer einen Lord vorzieht, einem verdienstvollen Aristokraten aber schenkt er seine ganze Seele. Nutbridge schwelgte daher in Glückseligkeit. Die Stadthalle war überfüllt, und als Sir Jasper die Rednertribüne betrat, wurde er mit tobenden Hochrufen empfangen. Nach einigen kurzen Bemerkungen des Vorstehenden trat Sir Jasper unter einem neuen Ausbruch von Begeisterung vor. „Meine Herren

in Preußen: Altdorf, Spandau, Guben, Stralsund, Oberhausen; in Bayern: Regensburg; in Sachsen: Zwickau, Freiberg; in den übrigen Bundesstaaten: Rostock, Schwerin, Altenburg, Bernburg; in Elsaß-Lothringen: Kolmar. Auch die 45 Orte mit 20—25 000 Einwohnern sind immerhin in ihrer Mehrheit bereits mit Gewerbegerichten versehen (25 und 8 angeschlossen), während die Minderheit (17) derselben noch ermangelt, nämlich

in Preußen: Elst, Ratibor, Glogau, Greifswald, Stargard, Pichtenberg, Uckerleben, Grieben, Duedlinburg, Hamm, Neuh, Dören, Wesel, Meiderich; in Bayern: Hof, Bayreuth; in Sachsen: Melchenbach. Die nächste Kategorie, 15—20 000 Einwohnern umfaßt 65 Gemeinden, darunter 27 mit Gewerbegerichten und 8 angeschlossene. Ohne Gewerbegerichte sind (32):

in Preußen: Gnesen, Oppeln, Neustadt O., Schlef., Köslin, Kolberg, Luckenwalde, Neu-Weißensee, Prenzlau, Naumburg, Stahlfurt, Stendal, Merseburg, Schleswig, Herford, Waderborn, Soest, Neunkirchen, Schwelker, Cuxen; in Bayern: Amberg, Landshut, Ingolstadt, Kempten; in Sachsen: Rimmitschau, Meißen, Werbau; in Württemberg: Ludwigsburg; in Baden: Konstanz; in den übrigen Bundesstaaten: Wismar, Rötzen, Zerbst, Koburg.

Unter den 142 Ortschaften mit 10 bis 15 000 Einwohnern haben nur 35 ein Gewerbegericht und 17 sind angeschlossene. Dagegen bestanden sich bereits Gewerbegerichte in 81 noch kleineren Städten (58 preussische, 5 bayerische, 4 sächsische, 4 württembergische und 10 in den übrigen Staaten).

Die Zuständigkeit erstreckt sich in 84 Fällen über den Gemeindebezirk hinaus; davon umfassen 42 einen oder mehrere preussische Kreise, 1 einen hessischen Kreis, 3 eine sächsische Amtshauptmannschaft, während 1 (Lilbeck) sogar ein ganzes Staatsgebiet in sich begreift. Außerdem erstrecken sich über größere Gebiete sämtliche auf Grund des Reichsgesetzes (§ 77) errichteten Berg-Gewerbegerichte (5 in Preußen, 1 in Braunschweig). Dadurch

und Damen“, sagte er, „das ist heute für mich ein stolzer Tag, und ich glaube, ich darf mit Recht sagen, auch für ganz Nutbridge. Ich gehöre zu Nutbridge, ich bin hier geboren worden und aufgewachsen. Ich lebte hier als Junge und Mann mehr als vierzig Jahre. Wenn ich sagte, ich gehöre zu Nutbridge, so kann ich wohl auch beruhigt sagen: Nutbridge gehört zu mir.“

„Was wäre Nutbridge ohne Screlson und Nutley's Fabrik! — Wir beschäftigten da mehr als die Hälfte der Einwohner dieser Stadt und indirekt eine noch größere Zahl als das. Was ist also natürlicher, als daß ich Nutbridge im Parlament vertrete. Ich bin kein großer Politiker. Ich habe auch niemals den Anspruch darauf erhoben. Aber sie kennen mich als schlichten Mann. An mir ist keine Pierelei. In allen wichtigen politischen Fragen werde ich den großen Führern unserer großen Partei folgen. Ich bin ein Radikaler, weil ich an die Kraft eines jeden Menschen glaube. Jeder für sich und Gott für uns Alle. Das ist, was und wird immer mein Wahlversprechen bleiben. Ich glaube nicht an Vorrechte, an Privilegien, sondern ich glaube, jeder Mensch hat es in seiner Gewalt, seinen Weg in der Welt zu finden, so wie ich es that. — Sehen sie mich an.“ — Die folgenden Ausführ-

wird die oben genannte Zahl der kleineren Orte mit gewerbegerichtlicher Jurisdiktion noch ganz bedeutend vermehrt.

Was die Zahl der Gewerbegerichte im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung betrifft, so gehen Preußen, Württemberg und Hessen etwas über den Durchschnitt hinaus, während sich namentlich für Bayern dies Verhältnis ungünstig stellt. Der noch ungünstigere Stand in den Reichsländern erklärt sich daraus, daß dort auf Grund des Reichsgesetzes überhaupt noch keine Neugründungen erfolgt sind und nur die aus der französischen Zeit stammenden staatlichen Gewerbegerichte fortbestehen. Die stärkste gewerbegerichtliche Entwicklung weist das Herzogtum Braunschweig auf. Während dies in dem auch sonst sozialpolitisch vorgeschrittenen Staube der braunschweigischen Verwaltung seinen naheliegenden Grund hat, ergibt eine mehr in's Einzelne gehende Vergleichung Unterschiede, welche kaum anders als durch zufällige, lokale oder persönliche Einwirkungen zu erklären sind. So die ganz auffallend große Zahl von Gewerbegerichten und namentlich von Kreis-Gewerbegerichten in einer Gegend, die man gewiß nicht zu den industriell entwickelten rechnen kann: in der Provinz Posen. Speziell im Regierungsbezirk Posen haben von den 27 Landbezirken nicht weniger als 7 ein den ganzen Kreis umfassendes Gewerbegericht.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat u. A. folgende Initiativanträge im Reichstage eingebracht:

I. Gesetz, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens 6 Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzumelden.

§ 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

ungen des ehrenwerthen Barons wurden durch einen lauten Zuruf aus dem Hintergrunde der Halle unterbrochen. „Ja“, rief es, „seht Euch ihn nur gut an, den Schurken!“

Ein tosender Lärm brach los, und die Rufe: „Werft ihn hinaus!“ wurden gehört, und mitten in der Bewegung und Aufregung kehrte der würdige Kandidat still auf seinen Platz zurück.

Die Versammlung stimmte darauf das Lied an: „Das ist ein braver Kerl!“ Neuerliches Jauchzen, und die Versammlung fand damit ihren Abschluß.

Vor der Halle hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt, durch die sich Sir Jasper mühselig den Weg bahnen mußte. Man spannte ihm die Pferde aus, und die begeisterte Menge zog den Wagen unter unaußhörlichem Jubel und Hochrufen weiter. Plötzlich glug eine Bewegung durch die Menge. Ein Mann drängte sich an den Wagen heran, schlug mit der Linken das Fenster ein und erhob seine Rechte wie zum Stoß, und die erschrockenen Leute wollten ein Messer blitzen sehen.

„Dieser Mann hier“, schrie er, „dieser ehrenwerthe Emporkömmling, ist nichts anderes als ein ganz gemeiner Dieb, ein elender Mörder. Er richtete mich zu Grunde und mordete mein Weib und meine Kinder.“ Während er so schrie

§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinkung zum Besuche der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterlagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährtesten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

II. Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

I. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis aller im Gewerbe, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Handel und Verkehr oder als Gesinde beschäftigten Personen entstehen;

II. die Teilnahme an den Wahlen und die Berufung zu Mitglieder eines Gewerbegerichts auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;

III. die Verleihung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt wird.

III. Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle in Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird.

IV. Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren

und tobte, schlug ihm ein Nebenstehender mit dem Stock auf den Arm, dem das Messer entfiel und der kraftlos herabsank. Er wurde umringt, an den Armen gezerrt, und es hatte den Anschein, als würde er in Stücke gerissen werden. Von allen Seiten fielen die Hiebe. Schließlich wurde er zu Boden geworfen, und die Räder des Wagens gingen über ihn hinweg.

Bei der gerichtlichen Untersuchung wurde der Leichnam als der des Sam Jackson erkannt, des Mannes, der einstmals in der Fabrik des Mr. Screlson beschäftigt war, eines Diebstahls halber entlassen worden war und seitdem sich irgendwo herumgetrieben hatte. Die Untersuchung wurde damit geschlossen, daß die Todesursache eine zufällige gewesen sei. Die Nutbridgeger brückten auch ihre unendliche Dankbarkeit dem günstigen Gescheide aus, das einen ihrer würdigen Stadtbürger, Sir Jasper Nutley, vor dem sicheren Tode bewahrt habe und äußerten ihre Befriedigung über die so rasche Bestrafung der Missethat.

Den nächsten Tag wurde Sir Jasper Nutley einstimmig als Abgeordneter für Nutbridge gewählt.

Arbeitgebern bezw. zu ihrer Dienstver- schaft aufgehoben werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichs- Gewerbeordnung treten.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 181 der Reichs- Gewerbeordnung bestimmten Beamten und Landespolizeibehörden Betriebs-Aufsichts- behörden nach folgenden Grundsätzen er- richtet werden: Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, ein- schließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt. Sie wird einer Reichs- Zentralaufsichtsbörde übertragen, welche dieselben nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat. In den Inspektions- bezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemein- sam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen. Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfsper- sonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind ent- sprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten Hilfsper- sonen anzustellen bezw. zu wählen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Den Protokollbestellern blene zur Nachricht, daß die Protokolle der 2. General- versammlung vollständig vergesiffert sind und daß somit die Bestellungen nur langsam erledigt werden können. Alle eingegangenen Bestellungen sind vorgemerkt und werden der Reih- nfolge (nach dem Datum des Eingangs) mit etwaigen Remittenden erledigt werden. Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen, welche noch unvertanfte Protokolle in Besitz haben und sie wahrscheinlich in nächster Zeit noch nicht abgeben, dieselben umgehend nach hier einzuliefern. Ebenso wollen diejenigen, die Protokolle bezogen haben, möglichst bald über dieselben abrechnen, damit nicht, wie beim letzten Male durch die verzögerten Abrechnungen dem Ver- band Verluste erwachsen.

Nach § 14 Abs. 2 des Statuts ist die Ortsverwaltung im Monat Dezember zu er- neuern und ersuchen wir daher die Ortsver- waltungen, die Versammlungen so zeitig an- zuzubereiten, daß die Ernennungen der Orts- verwaltungen bis zum Jahres- schluß längstens vollzogen sein können.

Die Durchsicht der Abrechnungen des 3. Quartals ergibt, daß sehr viele Ortsver- waltungen jetzt noch 33 Proz. statt der sta- tutarischen 25 Prozent verrechnen. Das ist natürlich unzulässig und ersuchen wir, die statutarischen Bestimmungen besser zu beach- ten und dafür zu sorgen, daß zu Ausgaben für örtliche Zwecke keinesfalls mehr als der vierte Teil der Beiträge ausgegeben und verrechnet wird.

Sodann ersuchen wir mit den alten Beitrags-, Messer-, Besondere- und Dele- girtenmarken baldmöglichst, spätestens aber mit der Abrechnung vom 4. Quartal abzurechnen und die nicht verkauften Marken zurückzugeben. Gegen diejenigen, die bis zu diesem Endtermin nicht abgerechnet haben, wird unnahehaftig durch sofortige Revision vorgegangen werden.

Diejenigen Verwaltungen, Bevollmächtig- ten etc., die wünschen, daß von ihnen einge- sandte Gelder noch in diesem Jahre als eingekandt verrechnet werden sollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie dieselben spätestens bis zum 20. Dezember bei der Post eingezahlt haben müssen, damit sie zum Jahres- schluß in Händen des Haupt- kassiers sind.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten: Nr. 45489 des Schlossers Joh. Wurmscher, geb. zu Freising am 4. April 1876. 98930 des Eisenhüblers Emil Gubrich, geb. zu Berlin am 13. Febr. 1878. 101030 des Schlossers Fritz Birckhoff, geb. zu Brannschweig am 26. Febr. 1876. Der Bergolder Max Boesch, geb. zu Hamburg am 3. Juli 1869, Buch-Nr. 28 802,

hat seinen Austritt aus dem Verband er- klärt, da er allem Anschein nach werke, daß ein Antrag auf Ausschluß über ihn bewirkt worden eingereicht werden sollte. Er geht also seiner Rechte an den Verband nach § 8 Abs. 2 des Statuts verlustig.

Alle für den Verband bestimmten Geld- sendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, I., zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld ver- einmahnt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen. Formier.

Angsburg. Die unvermeidliche Krise ist eingetreten, nachdem die traurige Lage, in der wir uns seit einigen Wochen be- fanden, sich so schäblich gemacht hatte, daß ein Streik die unausweichliche Folge sein mußte. In einer Besprechung am 22. Ok- tober beschloßen sämtliche Formier von der Bahndirektion Johann Mehl, sich dem Fabrikanten vorstellend zu machen, was auch am anderen Tage zur Ausführung kam. Schon vor mehreren Tagen wurden vom Wiesermeister Singer einige Tagelöhner zum Schablonenformen hingestellt, um sie als Formier abzurichten. Das gleiche Ansehen wurde jetzt auch an einige Formier gestellt, was jedoch von unserer Seite aus ver- weigert wurde. Am 23. Oktober nach der Wesperruhe versammelten sich sämtliche Formier in der Bude und verlangten Herrn Mehl zu sprechen, welcher auch alsbald er- schien. Wir erklärten demselben, daß wir durch Abzichten von Tagelöhnern in unserem Handwerk schwer geschädigt würden, was derselbe auch einfaß und schließlich versprach, baldige Abhilfe zu schaffen. Aber auf leere Versprechungen wollten wir uns nicht ein- lassen und ließen deshalb die Arbeit vorder- hand ruhen. Darauf kam Herr Mehl zurück und sagte: „Leute, seid vernünftig und geht an eure Arbeit. Es liegt mir etwas an meiner Fabrikanten-Ehre. Ich kann im Moment die Leute nicht weg thun, aber ich verspreche Euch, eure Forderungen zu er- füllen.“ Daraufhin nahmen wir die Arbeit wieder auf. Genügt hat uns unsere Unter- redung mit Herrn Mehl insofern, als im Laufe der Woche sämtliche Tagelöhner wieder an ihre frühere Arbeit kamen. Aber wie enttäuscht wurden wir dennoch! Kaum nach vierzehn Tagen standen schon wieder Tagelöhner zum Schablonenformen an der Maschine. Am 8. November wurde dann in der allgemeinen Formierversammlung be- schlossen, daß Stellung genommen werde gegen Abzichtung der Tagelöhner und für Hochhaltung des festen Akkordlohnes laut des Fabrikstatutes § 4, Lohnberechnungen und Lohnzahlung betreffend: Der Lohn wird entweder nach einem vorher vereinbarten Stundenlohnfuß oder nach einem, jebeim- mal vor dem Beginne der betreffenden Arbeit festzustellenden Akkordlohn bezahlt. Auf Grund dieser gerechten Forderungen lernten wir erst die Humanität unseres Arbeitgebers kennen. Montag, den 4. November, fielen wir uns dem Meister Singer vor und ver- langten Genehmigung obiger Forderungen. Während dessen kam Herr Mehl in die Wert- stelle und der Meister meldete ihm sofort, was vorgefallen war. Herr Mehl ging darauf zu zwei Kollegen und sagte zu dem ersten: „Auf Sie habe ich gerade noch gewartet. Den zweiten redete er mit den Worten an: Was paßt denn Ihnen nicht? Sind Sie unzu- frieden? worauf der Kollege antwortete: Ich habe den Meister bloß gefragt, was für das Stück bezahlt wird, im Uebrigen bin ich zufrieden. Darauf erwiderte Herr Mehl: Drum, das Recht habe ich als Fabrikant doch wohl noch, daß ich einen Arbeiter ent- lassen kann, wenn's mir paßt. Und wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie sofort gehen. Darauf erwiderte der Kollege: Was paßt mir's noch. Durch diese Men- schen- rung fühle ich Herr Mehl schwer beleidigt und er geriet fast außer sich vor Zorn. Er schrie den Mann mit den Worten an: Jetzt hören Sie sofort auf, dort hat der Zimmermann das Loch gelassen. Ueber diese Behandlung empört, erklärten sich sechs Kollegen mit dem Gewahrgelerten sol- datisch und legten auch die Arbeit nieder. Mittags schlossen sich die übrigen 12 an. Somit war der Streik vollendete Thatsache. Wir wählten eine Kommission, welche mit Herrn Mehl in Unterhandlung trat. Aber- mals einigten wir uns mit ihm. Er be- schied uns am anderen Morgen wieder zur Arbeit und äußerte, er wolle wiederum etwas nachtragen. Als wir am anderen Morgen die Arbeit aufnehmen wollten, sagte er uns jedoch, wir seien schon zu spät daran, er habe die Sache schon der Polizei (!) und dem Industrie-Verein übergeben; wir seien entlassen. Wir kamen aber nicht in Ver- legenheit, denn wir wußten, daß wir die

Arbeiterkassell hinter uns haben. Ueber Nacht hatte sich das Blatt schon wieder ge- wendet. Der Mehl suchte um eine Unter- redung mit der Kommission nach. Als jedoch diese erschien, sagte er: Ich für meine Person hätte mit Euch immer unterhandelt, aber ich habe vom Industrie-Verein den Auftrag, denn sonst müßte ich in 14 Tagen noch 50 bis 40 Mann entlassen. Ihr könnt' heute Nachmittag die Arbeit wieder aufnehmen, mit Ausnahme von zwei Formieren, welche mit vom Industrie-Verein als Mehl- Führer bezeichnet wurden. Diesen beiden Formieren versprach er so lange Beschäftigung, bis sie ein anderes Unterkommen gefunden hätten. Und nochmals haben wir uns täuschen lassen! Wir schafften hierauf vier Wochen. Die Zustände, die dort herrschten, können die Kollegen daraus beurteilen, daß vergangene Woche abermals sechs Formier freiwillig die Arbeit niederlegten. Jetzt weinte Herr Mehl, die „richtige“ Zeit sei gekommen und entließ am Samstag noch weitere drei Formier und zwei Kernmacher. Es waren dann noch sechs Formier und ein Kernmacher in der Fabrik. In Folge Maßregelung ihrer fünf Kollegen legten dann am Montag noch vier Kollegen die Arbeit nieder. Mitthin arbeiten jetzt noch zwei Formier und ein Kernmacher. Zu diesen hat sich unterdessen noch ein Angs- burger Formier gesellt, den man sonst seiner „Arbeit“ wegen nirgends brauchen kann. Von diesen Arbeitern, welche Herrn Mehl die gewünschten Dienste leisten, gebührt kein einziger zur Organisation, die Ausständigen dagegen sind sämtlich organisiert. Herr Mehl will, seinen Neigungen nach zu schließen, die Organisation vernichten, denn er schickerte einigen jüngeren Kollegen ins Gesicht: Die verkommensten Subjekte, die überhaupt existieren, seien die organisierten Arbeiter. Ingegensatz dieser Sachlage und der theueren Lebensmittel und hohen Woh- nungsmiethe, bedarf es wohl keines weiteren Kommentars, den Kollegen klar zu machen, was nun zu thun ist, um den Streik stetig zu Ende führen zu können. Vor Allem bitten wir, den Zutritt von Formieren und Kernmachern nach hier fernzuhalten.

Hempner.

Hamburg. D. M. V., Sektion der Hempner, Mitgliederversammlung. Zunächst gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit des Vorstandes und unsere Passenverhältnisse im vergangenen Jahr. Laut Buch hat unsere Mitglieder- zahl in diesem Jahre eine Steigerung um 70 aufzuweisen. Die Wahl des ersten Vor- sitzenden und eines ersten Kassiers (der jetzige Kassier war nicht zu bewegen, sein Amt weiter zu führen), mußte bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Zum zweiten Kassier wurde Sachold, zum zweiten Vorsitzenden Gosh, zum Schrift- führer und ersten Revisor Wiedemann und zu weiteren Revisoren Wandel und Meins gewählt. Den Bericht von der Arbeitsnach- weis-Kommission gab Wikhoff. Die Kom- mission hat im Ganzen sehr gut gearbeitet. Hier anknüpfend, wurde vom Vorsitzenden noch berichtet, daß ein Zentralarbeitsnach- weis in Aussicht stehe, woran sich auch die Altonaer Kollegen beteiligen wollen. Des- halb wurde vorläufig von einer Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission Abstand ge- nommen. In dem Bericht vom Kartell wurde ein Antrag angenommen, daß kein Vorstandsmitglied in Zukunft einen Dele- girtenposten im Kartell bekleiden darf. Als Delegirte wurden Birckhoff und Dandl und als Ablichter Gosh und Döring gewählt. Die Abrechnung vom letzten Herbstvergnügen ergab einen Ueberschuß von Mk 41,10. Hier- von soll an dem Schrank, in dem unsere Zuhne aufbewahrt wird, ein Monnaie an- gebracht werden. In Betreff der verloren gegangenen Schärpe vom letzten kombinierten Sommervergnügen wurde die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ein Antrag, den arbeitslosen Kollegen, die acht Tage vor Welschachten ordnungsgemäß im Nachweis eingeschrieben sind, wie in den vor- hergehenden Jahren auch diesmal einen Thaler zu bewilligen, wurde angenommen.

Metall-Arbeiter.

Büdingen. Am 7. Dezember hielten wir hier eine ziemlich zahlreich besuchte Me- tallarbeiter-Versammlung ab, in welcher Kol- lege Wahl aus Heitbrunn einen 7/8stündigen Vortrag über: „Die deutsche Revolution von 1848“ hielt. Redner führte uns in klaren Ausführungen ein Bild dieser Zeit vor Augen. Nach Beendigung des Vortrages hielt er eine Ansprache an die Versammelt- en, in welcher er beantragte, daß viele hiesige Kollegen, welche es am nötigsten hätten, dem Verband anzugehören, uns doch fern stehen. Diese Kollegen, welche den Mund am ärgsten aufreihen, aber nur am Wier- tisch, scheuen die 20 S Beitrag, welche ja, wenn sie der Organisation angehörten, doppelt wieder bereingebraucht werden könnten. An dieser Stelle rufen wir nochmals den uns noch fernstehenden Kollegen zu: Seid einig und schließt Euch dem D. M. V. an.

Dresden. Eine öffentliche Metallar- beiter-Versammlung für Dresden-Mittstadt fand am 7. Dezember im „Arionon“ statt. Verschiedene Redatoren sprachen über die Reformation im Sinne der materialistischen Weltanschauung. Den sehr ausführlichen und interessanten, mit vielem Beifall auf- genommenen Vortrag auch nur auszugs- weise wiedergeben, würde den Raum der Zeitung zu stark in Anspruch nehmen. Die Quintessenz desselben kann man dahin zu- sammenfassen, daß alle großen Umwäl- zungen, wie die Reformation, die Gründung des deutschen Reiches usw. sehr reale Grund- lagen haben, daß sie keineswegs dem Geiste Einzelner entsprungen sind, und wenn die- selben noch so genial veranlagt wären, diese Umwälzungen vollziehen sich mit und in Folge der ökonomischen Entwicklung. Im „Gewerkschaftigen“ war ein Antrag einge- gangen, unseren reisenden Kollegen, welche sich während der Weihnachtsfeierstage in der Herberge befinden, Kost und Logis, sowie ein paar Glas Bier zu gewähren. Der An- trag wurde ohne Debatte angenommen. In der letzten Versammlung war einem Kol- legen der Vorwurf der Inkollegialität seinen Mitarbeitern gegenüber gemacht worden. Derselbe war erschienen, um sich zu ver- theidigen, da aber die sich daraus entspin- nende Debatte sehr verständig und lange stielig zu werden drohte, fand ein Antrag, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche den Fall unteruchen und der nächsten Versammlung darüber Bericht erstatten soll, bereitwillige Annahme. Da nach diesem nichts weiter vorlag, wurde die erfreuliche Welle sehr gut besuchte Ver- sammlung geschlossen.

Hamburg. Achtung, Metallar- beiter! Wie uns verschiedentlich mitgeteilt wird, sucht die Hamburger Maschinenfabrik in Firma Woldt & Vogel in verschiedenen Städten, so in Chemnitz und Magde- burg Maschinenbauer und Dreher nach hier. Wir ersuchen nun die Kollegen, auf derartige Arbeitsangebote nicht einzugehen, da hier Hunderte von Kollegen arbeits- los sind und es bei betreffenden Wirthe nur darum zu thun ist, billige und billige Ar- beitskräfte heranzuziehen. Von den groß- artigen Versprechungen werden nur die wenigsten gehalten, indem es einem Kollegen erst nach vieler Mühe gelang, das versprochene Meßgeld zu erhalten und demselben ein Lohn geboten wurde, mit welchem überhaupt in Hamburg nicht auszukommen ist. Darum nochmals, lasse sich keiner täuschen, da für jeden hier anfangenden Kollegen einer der Hamburger auf's Straßenpflaster geworfen wird.

Die Ortsverwaltung der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer Hamburgs.

Heidelberg. Am 7. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Mitglieder- versammlung mit Neuwahl der Ortsver- waltung ab. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Lappe, als Kassier Käps einstimmig wiedergewählt; als Revisoren Meier, Oms und Hensel. Die Versammlung war trotz unserer starken Mitgliederzahl sehr mangel- haft besucht. Wir ersuchen die Kollegen an dieser Stelle, die Versammlungen fleißiger zu besuchen.

Kiel. In der Mitglieder-Versammlung am 11. Dezember gab nach einem Vortrage des Herrn Stadtverordneten Hentzel der Bevollmächtigte den Geschäftsbericht für das verfloßene Jahr, welchem wir Folgendes entnehmen: Versammlungen fanden 24 statt. In 15 von diesen Versammlungen stand als Hauptpunkt ein Vortrag auf der Tagesord- nung. In zwei Versammlungen mußte der angekündigte Vortrag zur nächsten Ver- sammlung wegen gar zu schwachen Besuchs zurückgestellt werden. Wer Versammlungen besuchte sich mit der diesem Frühjahr statt- gefundenen Generalversammlung und drei mit sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten. In vier Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Mitgliederzahl betrug zum Beginn dieses Jahres 848; trotzdem die Versammlungen so interessant wie möglich zu machen versucht worden sind und auch über persönliche Streitigkeiten in den Ver- sammlungen nicht gellagt werden kann, dürfte sich die Mitgliederzahl doch nur eben auf der alten Höhe gehalten haben. Ebenso läßt der Versammlungsbesuch noch Manches zu wünschen übrig; zumest sind es die älteren Kollegen, die in den Versammlungen, anstatt den jüngeren Kollegen ein gutes Beispiel zu geben, durch Abwesenheit glänzen. In Bezug auf die Lohnverhältnisse gebt Kiel doch auch nicht zu den schlechtesten Städten, und wenn auch für manchen ver- heiratheten Kollegen die Großen knapp sind, so sollte doch immerhin es zu ermun- glichen sein, die 14tägigen Versammlungen zu besuchen. Hoffentlich werden die Kol- legen durch diese Zeilen (die Zeitung wird doch gelesen?), denn in den Versammlungen kann es ja nicht geschehen, wieder an ihre Pflicht erinnert. Zum Schluß der Ver- sammlung erfolgte die Neuwahl der Orts- verwaltung, welche die Wiederwahl der meisten bisherigen Ortsbeamten ergab.

Kambrecht. Am 8. Dezember tagte in Wuppach die zweite Delegiertenkonferenz für die Pfalz, einberufen durch das in der ersten Konferenz gebildete Agitationskomitee, mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Agitationskomitees. 2. Eventuelle Vorbesprechungen desselben. Kollege Beck hielt im Namen des Agitationskomitees die anwesenden Delegierten herzlich willkommen und es wurde dann das Bureau folgendermaßen gebildet: Beck-Frankenthal 1., Behring-Kaiserlautern 2., Vorkämpfer, Schurr-Wuppach 1., Wittich-Sambrecht 2., Schriftführer. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 14 Delegierten. Nicht vertreten waren die Orte Wirmasens, Wörms und Neustadt a. S. Kollege Beck eröffnete kurz Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees während seines monatlichen Besuchs. Aus dem Bericht warleser zu ersehen, daß die meisten Ortsverwaltungen gar nicht ihren Verpflichtungen dem Agitationskomitee gegenüber nachgekommen sind, weshalb das Komitee auch nicht in der Art und Weise zu wirken im Stande war, wie es sich zur Aufgabe gemacht hatte. Es sah sich das Agitationskomitee in Folge dessen veranlaßt, den Antrag auf Aufhebung des Agitationskomitees für die Pfalz oder Belegung nach einem anderen Orte zu stellen. Diesen Antrag wurde jedoch nicht Folge gegeben, sondern ein Antrag dahingehend angenommen, daß das Agitationskomitee mit dem Sitz in Frankenthal weiter bestehen soll, bis die Konferenz in Offenburg vorüber ist. Ferner wurden die Delegierten beauftragt, bei den einzelnen Ortsverwaltungen darauf hinzuwirken, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Agitationskomitee besser nachzukommen, um dasselbe wieder zu freudigen Schaffen und Wirken zu veranlassen. Nachdem dann der Kasienbericht erstattet und angenommen war, wurden die Protokolle verlesen, die ebenfalls anstandslos genehmigt wurden. Mit Ausnahme von Ludwigshafen, das sich überhaupt zu der ganzen Sache ablehnend verhält, waren sämtliche Delegierte für ein Weiterbestehen des Agitationskomitees für die Pfalz. Was die Konferenz in Offenburg anbelangt, so wurde ein Antrag Müller-Frankenthal, dieselbe von Seiten der einzelnen Filialen recht zahlreich zu beschicken, wobei event. sich die schwächeren Filialen gemeinsam an der Beschickung der Konferenz beteiligen sollten, einstimmig angenommen. Sodann richtete Kollege Benhard noch einen Appell an die Anwesenden, trenn zur Sache zu halten und dem Agitationskomitee die Arbeit so viel wie möglich erleichtern zu helfen, worauf die Konferenz mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den D. M. A. geschlossen wurde.

Mannheim. Am 8. Dezember hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre alljährliche Generalversammlung ab. Die Hauptpunkte waren: Geschäfts- und Kasienbericht, Gründung einer Verwaltungsstelle für die Schwewinger Vorstadt und Neuwahl der Ortsverwaltung. Zum 1. Punkt erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Schneider, den Geschäfts- und Kasienbericht. Nach dem Geschäftsbericht fanden vergangenes Jahr 8 öffentliche Metallarbeiterversammlungen statt mit interessantem wissenschaftlichen Vorträgen; ebenso beanspruchten die Vorkommisse in einer hiesigen Fabrik (Neuling) 2 öffentliche Versammlungen, um die dort vorhandenen Mängel einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Bei der ersten derselben war Kollege Reichel aus Stuttgart als Referent erschienen. Laut Kasienbericht hatte die hiesige Filiale eine Gesamteinnahme von M 2843,49 und eine Gesamtausgabe von M 2450,84. Es bleibt somit ein Kasienbestand von M 392,65. An die Hauptkasse wurden insgesamt M 1455 abgeliefert. Die Mitgliederzahl, welche im Oktober 1894 nur 215 betrug, stieg auf 511. Beim 2. Punkt, Gründung einer Verwaltungsstelle in der Schwewinger Vorstadt, entspann sich eine lebhafte Diskussion. Die Freunde des Antrages begründeten denselben mit den mannigfachen Klagen, welche über die Kleinheit des Lokals und über den weiten Weg, den die Kollegen von der Schwewingerstraße zum Lokal zurückzulegen hätten, laut geworden sind. Auch stelle die Schwewingerstraße in Verbindung mit dem Bindenhof das größte Kontingent an Mitgliedern und es glauben dieselben, bei Annahme des Antrages in der betreffenden Vorstadt etwas Ersprießliches leisten zu können, indem sie hoffen, jüngere Mitglieder herbeizulocken und aufzuklären zu können. Die Gegner des Antrages beschränkten jedoch, daß hierdurch eine Zersplitterung herbeigeführt werde und daß wir dadurch statt geträgt, geschädigt würden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Redarvorstadt mit dem nämlichen Rechte denselben Antrag stellen könnten, da sie auch genau so weit zu haben, wie die der Schwewinger Vorstadt. Der Antrag wurde mit 63 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, die Versammlungen einmal in der Stadt, das anderemal in der Schwewinger Vorstadt abzuhalten, wurde angenommen. Bei Punkt 3, Wahl der Ortsverwaltung, wurde der bisherige Bevollmächtigte, Kollege Schneider, wiedergewählt, als 2. Vorkämpfer Lang, als Kassier Wähler als

1. und Franz als 2., als Revisoren Bahn, Wirtschka und Perlowitz, wovon letzterer wiederum als Schriftführer bestimmt wurde. Nachdem noch einiges unter verschiedenen Besprechungen wurde, schloß der 1. Abend die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, auch in dem kommenden Jahre für den Verband kräftig zu agitieren. — Die Wohnung des Bevollmächtigten ist Nr. 7 Nr. 8.

Mannheim. Da die Organisation der Herren Kapitalisten ein Dorn im Auge ist, beweist wieder folgender Fall. Am 8. Dezember wurde der Bevollmächtigte des D. M. A. in der Webstuhl- und Waschlenerfabrik von John Dockwood mit der Bemerkung entlassen, daß keine Arbeit mehr für ihn da sei, obwohl jeden Tag noch neue Schloffer eingestellt wurden. Der Werkführer Klemm glaubte dadurch die Organisation vernichten zu können, wenn er dafür Sorge, daß derartige „Geier“ aus seiner Fabrik entfernt werden. Über er hatte die Rechnung ohne die Organisation gemacht, indem 18 Mann, Schloffer und Dreher, die Arbeit niederlegten. Sie stellten die Forderung, daß der Entlassene wieder eingestellt würde. Aber es war vergebens, indem der Fabrikherr auf der Entlassung bestand und wir zu der Ueberzeugung kamen, daß ein Streik bei der jetzigen Arbeitslosigkeit nur großen Schaden für uns haben würde. Auf Anregung des Bevollmächtigten haben auch 10 Mann die Arbeit wieder aufgenommen, indem ihnen eine kleine Lohnaufbesserung zugesichert wurde; die Uebrigen haben anderweitige Stellen gefunden oder sind abgereist. Wenn die betreffenden Herren glauben, dadurch die Organisation vernichtet zu haben, so rufen wir ihnen zu: Daß wir die Waffen nicht niedergelegt haben, sondern gestärkt aus dem Kampfe hervorgegangen sind, da wir schon wieder mehr Streiker durch diesen Fall für uns gewonnen haben. Die Zustände, welche in der Fabrik bestehen, dürften auch einmal dem Gewerkeinspektor Gelegenheit geben, einzuschreiten, da Schutzvorrichtung und Arbeitsräume sehr mangelhaft beschaffen sind und die Arbeiter zu jeder Zeit Gefahr laufen zu verunglücken. Die Abhne sind ebenfalls sehr aufbesserungsbedürftig, da Schloffer und Dreher einen Stundenlohn von 22 A haben, bei einer Arbeitszeit von 12—18 Stunden. Auch sieht es mit dem Handwerkszeug sehr traurig aus, da 2 bis 3 Schloffer einen Hammer und ein Stück Meißel haben. Darum wachet auf, Ihr Metallarbeiter von Mannheim und Umgebung, legt die Harmonikenseite bei Seite und tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, denn nur dadurch können derartige Zustände abgeschafft werden.

Mühlhausen i. Gf. Da die Gewerbegerichtsahlen vor der Thüre sind, ersuchen wir alle Metallarbeiter, die Wähler sind, sich auf die Liste des Vertrauensmannes einzutragen, damit man kontrollieren kann, ob sie in die Wählerlisten eingetragen sind. Kein Kollege soll dies unterlassen, da es sich um seine direkten Interessen handelt. Früher war das Gewerbegericht zusammengesetzt aus Kleinwerkstern als Arbeitgebern, Jungentauern und Fabrikdirektoren als Arbeitnehmern. Von solchen Gerichten war an eine Unparteilichkeit nicht zu denken. Darum auf, Kollegen, zur Agitation!

Neu-Appeln. Am 14. Dezember fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Man konnte auch da wiederum die Laune der Mitglieder sehen. Selten ist es der Fall, daß so viele Mitglieder anwesend sind, daß die Versammlung beschlußfähig ist. In Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung wurden die Kollegen Rigauer als Bevollmächtigter, Schmidt als Kassier, Martini, Böhlke und Selchow als Revisoren gewählt. Bei „Verschiedenes“ wurden besonders die hiesigen Verhältnisse in Betracht gezogen. Am hiesigen Ort sind ungefähr 150—160 Metallarbeiter beschäftigt. Man sollte nun glauben, daß auch die Organisation entsprechend stark sei. Aber das Gegenteil ist der Fall: Ganze 30 Mann gehören dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an! Fast möchte man meinen, diese 110—120 Metallarbeiter, die der Organisation noch fern stehen, seien so gestellt, daß sie nicht mehr nötig haben, sich um eine Organisation zu kümmern, aber es ist in Wirklichkeit gerade das Gegenteil richtig. Die Lohnverhältnisse sind einfach „glänzend“. Ist doch der durchschnittliche Lohn 12—13 A, ja sogar 9 und 10 A. Hieraus ist jedenfalls zu ersehen, daß die Metallarbeiter hier nicht auf Rosen gebettet sind. Darum rufen wir den unorganisierten Kollegen zu: Wachtet eudlich auf aus Euerem Schlaf und schließt Euch der Organisation an. Und Euch organisierten Kollegen rufen wir zu: Kommt im neuen Jahre regelmäßiger in die Versammlungen und laßt es nicht so an wie Ihr das alte Jahr vollendet habt. Laßt Eure Laune fallen, dann können wir vereint Versammlungen abhalten, was für jeden Kollegen von großem Nutzen wäre.

Stettin-Bentrum. Der D. M. A. (Zahlstelle Stettin-Bentrum) hielt am 14. Dezember seine regelmäßige Mitgliederversammlung im

Lokale des Herrn Bürom ab, welche mäßig besucht war. Nachdem eine Kommission von 8 Mitgliedern zur Regelung des Werkstattvertrauensmannensystems gewählt war, hielt Herr Genosse Appel einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Redner erläuterte das Thema in längeren Ausführungen und hob u. A. hervor, daß in Hannover, wo eine Straffe Organisation vorhanden ist, die Arbeiter viel bessere Arbeitsbedingungen hätten, als in solchen, wo dies nicht der Fall ist. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, eine Diskussion fand nicht statt. Ferner stand auf der Tagesordnung: Wahl eines Bibliothekstrolcheurs. Hierauf wurde Kollege Heber gewählt. Zu Verschiedenes entspann sich noch eine Diskussion über einige Paragraphen des Statuts zum Gewerbegericht. Des Weiteren wurde der Antrag gestellt, eine öffentliche Kleinrentnerversammlung einzuberufen. Dieser Antrag wurde aus verschiedenen Gründen als verfrüht angesehen und einstweilen vertagt. Ferner muß den Kollegen aus Berg gelegt werden, die Versammlungen pünktlicher und zahlreicher zu besuchen als es bisher der Fall war.

Lehrort. Schon seit längerer Zeit werden von der Direktion der hiesigen Gasanstalt tüchtige Installateure bei hohem Lohn, Reise- und Umzugskostenvergütung bei 10stündiger Arbeitszeit gesucht. Verschiedene Kollegen sind auf diese Reklameannoncen heringefallen. Denn es werden wohl die Reise-, nicht aber die Umzugskosten vergütet. Die Arbeitszeit ist nicht 10, sondern 11 Stunden. Die Behandlung von Seiten des Direktors wie von Seiten der Meister ist eine wirklich „liebvolle“ zu nennen. Wir erachten es daher für unsere Pflicht, die Kollegen allerorts vor dieser Musteranstalt zu warnen.

Wandlbeck. Generalversammlung der Zahlstelle des D. M. A. am 17. Dezember. Zunächst gab Kollege Hoffmann einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Vorstandes und machte die erfreuliche Mitteilung, daß die Zahlstelle am 20 Mitglieder zugenommen habe. Der Kasienbericht konnte noch nicht gegeben werden, derselbe wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Deverdig wurde als Vorkämpfer, Kaufmann als Kassier wiedergewählt, zu Revisoren wurden Bose, David und Grünm gewählt. Mit der Bestellung der Zeitung wurde Jürgs betraut. In die Agitationskommission wurden Schulz, Schnelber und Deverdig gewählt, zu Kartell-Delegierten Schulz und Schnelber. Dann erstattete Schulz in ausführlicher Weise Bericht vom Kartell.

Wald. Vor Zugang von Schleiern und Polkern nach der Metallwaarenfabrik von Bock & Co. und von Mechanikern und Schloffern nach der Loklopedfabrik von D. Harman wird gewarnt.

Feilenhauer.

Dielefeld. Da den Feilenhauern in der Zimmermann'schen Fabrik am 30. November eine Lohnreduzierung gemacht worden ist, bei der es sich bei Schlichtfellen per Pfund um 2 A, bei Bastard um 1 A handelte und die halbrunden und runden Feilen um einen Zoll zuzulagemessen werden sollten, so legten die Feilenhauer (7 Mann) die Arbeit nieder. Die schlaue Herr Zimmermann dabei vorgegangen ist, wollen wir kurz mitteilen. Herr J. sollte einer Fabrik in Hannover die Feilen billiger liefern als sonst sein Preis ist und wußte er es nicht recht anzufangen, wie er es seinen Leuten beibringen sollte. Endlich dachte er: Sagt einwillen gar nichts und wenn der Lohn tag kommt, ziehst Du ganz einfach ab. Gedacht, gethan. Am 30. November, als die Leute ihr Geld bekamen, war der Abzug schon gemacht. Als die Arbeiter fragten, ob die Feilen, vier- und dreifantigen noch zu dem alten Preis bezahlt würden, sagte Herr J.: Ja vorläufig! Also es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn sich die Arbeiter den einen Abzug gefallen lassen, er bei diesen Sorten auch noch abzieht. Am Sonntag, 1. Dezember war Versammlung und es wurde diese Lohnreduzierung einer gründlichen Kritik unterzogen und beschlossen, in genannter Fabrik die Arbeit einzustellen. Wir mußten so schnell wie möglich handeln, denn Herr J. hatte vor einigen Wochen auf einer Geschäftsreise in Lage (Detmold) sogar die Handwerksburschen auf offener Landstraße angehalten und ihnen Abendbrot und Schlafgeld bezahlt, damit sie ihm Feilenhauer nach Dielefeld schickten. Auch sein Herr Werkmeister Grise ankerte sich einige Wochen vor Ausbruch des Streiks: Was denn das sei, daß keine fremden Feilenhauer mehr in die Fabrik kommen. Der Herr J. und sein Werkmeister denken vielleicht, es ist jetzt auch noch so wie vor mehreren Jahren, daß die Leute nicht genügend Unterstützung erhalten und daß sie der Hunger dazu zwingt, die Arbeit wieder aufzunehmen, oder daß sich Streikbrecher genug einfänden werden, die froh sind, bei Herrn J. arbeiten zu können. Auch ist Herr J. in Linden (Hannover) gewesen, um Feilenhauer zu werben, ist ihm aber mißglückt, wie uns von der Sektion

der Feilenhauer Linden mitgeteilt wird. Denn dort ist auch so viel Arbeit, daß sie uns noch einen Streikenden abnehmen wollten, wenn einer auf große Arbeit elustehen will. Nun mag Herr J. wohl schon eingesehen haben, daß keine Feilenhauer zu bekommen sind, deshalb will er sich „eiserne Feilenhauer“ anschaffen. Die Streikenden sind guter Mutes, sie sagen: Wir hatten aus und wenn es ein Jahr dauert. Ob das Herr J. auch kann? Also Achtung, Feilenhauer, Zugang streng fernhalten!

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Hüsseldorf. Die 25. und 26. Wahlabteilung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, G. S. 29, Hamburg, hielt am 17. November im Lokale des Herrn Blumentau, Neuh, eine Konferenz ab, die sehr stark besucht war. Es wurde unter anderem verhandelt das Beschwerdebüro und die Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, da dies noch viele Mängel zeigte, dasselbe auf der nächstjährigen Generalversammlung einer Revision unterzogen werden möge. Darauf entspann sich eine heftige Debatte über den § 10 Abs. 6 des Statuts, woran sich fast alle anwesenden Genossen beteiligten. Zum Schluß wurde beschlossen, den Mitgliedern durch die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Aufforderung zu geben, daß sie zu der nächsten Generalversammlung die Abgeordneten bestimmen, daß sie gegen die Form des § 10 Abs. 6 Stellung nehmen, daß der Hauptvorstand nicht berechtigt ist, eine Krankenkasse, die nicht durch vertrauensärztliches Zeugnis festgestellt ist, als eine Fortsetzung zu betrachten, wie es jetzt geschieht. Der Hauptvorstand kümmert sich überhaupt nicht darum, ob das Mitglied gesund ist, viel weniger ob dasselbe vom Vertrauensarzt untersucht wird, wie es im § 10 Abs. 6 des Statuts heißt. Die Handlungswiese des Vorstandes ist dadurch ganz statutenwidrig. Mit der Hoffnung, daß alle Wahlabteilungen dieses auch in Erwägung ziehen und zum § 10 Abs. 6 Stellung nehmen, sei noch erwähnt, daß obiger Beschluß einstimmig gefaßt wurde und drei Abgeordnete der letzten Generalversammlung: Faneh, Wittkop und Leberberg anwesend waren. Die nächste Konferenz findet im Januar 1896 in Gerresheim statt und ist es Pflicht einer jeden Filiale der 25. und 26. Wahlabteilung, da vertreten zu sein.

Die Berufsstatistik der Graveure und Eiselleure von Leipzig.

Die wunderbaren technischen Fortschritte, sowohl der vielartigen, ausgezeichneten Verfertigungsmethoden, als auch der erstaunlichen leistenden Maschinen haben bewirkt, daß auch die Arbeiter der Graveur- und Eiselleurebranche mehr und mehr proletarisirt worden sind, daß die wirtschaftliche Lage der Graveure und Eiselleure auf das heutige niedrige Niveau herabgedrückt wurde. Die im Oktober d. J. ziemlich sorgfältig und umfassend aufgenommene Berufsstatistik bietet hierfür eine gute Illustration. Es mögen folgende Ziffern hier Platz finden.

Die Zahl der Graveur- und Eiselleurehilfen am Orte wurde auf 805 geschätzt, einschließlich 11 Xylographen, die als Graveure tätig sind. Die große Mehrzahl (ca. 260) sind Graveure. In 297 konnten Fragebogen ausgegeben werden, die von 191 (65 Proz.) beantwortet wurden: Ein Teil war mit mangelhaften Antworten eingegangen. Unter den Kollegen befanden sich 1 Ausländer, 134 mit sächsischer und 86 mit sonstiger Staatsangehörigkeit. Gewerkschaftlich organisiert waren 98, doch sind durch die Statistik eine Anzahl Kollegen der Organisation zugeführt worden. Noch sei bemerkt, daß sich alle Ziffern nur auf die 191 Kollegen beziehen, die sich an der Statistik beteiligten. Von den 75 Betrieben am Orte ligen aus 48 Antworten vor; in 21 Werkstätten werden in der Regel keine Gehilfen beschäftigt. Die Zahl der Lehrlinge betrug in 29 Betrieben 89, und wurden letztere in 18 Betrieben genügend, in 11 Betrieben sehr mangelhaft ausgebildet, zum Teil durch Gehilfen oder ohne Anleitung. Es gibt aber in Leipzig insgesamt 136 Lehrlinge. Es sei gestattet, hierbei auf dieselbe Branche in Annaberg-Buchholz hinzuweisen, wo in diesem Jahre in 6 Betrieben 14 Gehilfen 34 Lehrlinge gegenüberstanden. Ein trauriges Bild der Ausbeutung jugendlicher Arbeiter!

Das Alter der Kollegen schwankt zwischen 18 und 46 Jahren und kommt mit 26 Jahren durchschnittlicher Lebensdauer noch unter das allgemeine Durchschnittsalter, das auch bereits auf 28 Jahre herabgesunken ist.

Die Arbeitszeit differirt zwischen 8 1/2 und 10 Stunden täglich, am meisten 9 bis 9 1/2 Stunden, doch wird diese gewöhnliche Zeit noch sehr ungünstig beeinflusst durch

Saisonüberarbeit. 9 Gehilfen arbeiten sogar regelmäßig nach Feierabend und 9 selbst Sonntags. 101 Gehilfen sind geschäftig, in der kalten Zeit (meist Herbst und Winter!) durchschnittlich 5-6 Stunden wöchentlich nach Feierabend zu arbeiten, bis zu 20 Stunden pro Woche. 10 Gehilfen nehmen Arbeit mit nach Hause und 14 Gehilfen arbeiten Sonntags zu Hause. Auch arbeitet eine große Zahl Kollegen zu Hause auf eigene Rechnung, um ihren kargen Lohn aufzubessern. Im Gegensatz hierzu waren in der kalten Geschäftszeit (meistens im Sommer) 40 Mann arbeitslos, zusammen 1258 Tage. 21 Gehilfen waren 7-105 Tage ohne Stellung und 19 Gehilfen mühten 7-49 Tage wegen mangelnder Arbeit selbst. Die durchschnittliche Stellungslosigkeit betrug 41 Tage oder 6 Wochen.

Die Schädlichkeit vieler unserer beruflichen Arbeiten für Körper und Geist ergibt sich aus den Bittern über Krankheit. 44 Gehilfen waren in allen Jahreszeiten 2010 Tage krank. Die Dauer der Krankheit war 8-188 Tage, die mittlere Dauer 48 Tage. Es kamen 82 verschiedene Krankheiten vor, zum größten Teil Berufskrankheiten. Am häufigsten traten auf Nervosität, Augen-, Brust- und Lungenleiden, Unterleibsleiden in Folge ständiger Arbeit, Rheumatismus und nervöse Kopfschmerzen. 10 Gehilfen mussten mit Brille, 88 mit Suppe und 8 mit beiden Hilfsmitteln arbeiten. Die schädlichen und in sanitärer Hinsicht oft sehr schlechten Werkstätten sind die Hauptursachen der Krankheiten. Denn es werden als schlecht angesehen: Ventilation in 7 (5mal ziemlich gut), Tageslicht in 8, Heizung in 2 und überfüllter Arbeitsraum in 4 Betrieben. Im Ganzen wurden 10 Werkstätten als ungesund und schlecht und 7 als ziemlich gut bezeichnet. In 5 Betrieben bestehen schlechte Schutzvorrichtungen an den Maschinen. Auch über dichten Metall- und Holzstaub, Säure- und giftige Gase wurde geklagt. Freilich ist auch Unwissenheit der Arbeiter in Bezug auf Körperpflege und vernünftige Lebensweise manchmal Veranlassung, dass schwere Krankheiten entstehen.

Dass der Großbetrieb die Kleinen aufsaugt, wird dadurch bewiesen, dass 21 Werkstätten nur Teiltbetriebe von industriellen Anlagen sind und in 12 Fällen Dampf- oder Motoren, in 12 Fällen elektrische Beleuchtung vorhanden ist.

Kommen wir nun zur wichtigsten Frage, dem Arbeitslohn. 94 Kollegen sind im Wochenlohn, 62 im Stunden- und 85 im Stücklohn. Der Wochenlohn schwankt zwischen 18 und 86 M., der Stundenlohn zwischen 22 und 55 S. und der Stücklohn zwischen 10 und 40 M. pro Woche. Der Gesamtdurchschnittslohn wäre also 22,50 M. Bedenkt man jedoch, dass im verfloffenen Jahre 84 Kollegen 3268 Tage (407 Wochen oder 9 Jahre) krank oder arbeitslos waren, so muss man den durchschnittlichen Arbeitslohn niedriger annehmen. Er beträgt nur 21 M. pro Woche, was mit Rücksicht auf die Kosten der Ausbildung, auf die schwierige, qualifizierte Arbeitsleistung und die unsichere Existenz gering ist. Dazu kommt, dass 146 jährlich durchschnittlich 8-10 M. für Werkzeug ausgeben müssen und nur 94 die Ueberstunden mit durchschnittlich 6 Prozent Zuschlag bezahlt bekommen. Auch haben 73 nur Stägige oder gar keine Kündigung. Der Lohn wurde bei 4 Kollegen einbehalten, davon 2mal wegen Strafen laut Fabrikordnung. In 85 Fällen mussten 1-8 Familienmitglieder, zusammen 276, von den Kollegen unterhalten werden. Verheiratet waren 85, doch gab nur 15 an, dass die Frau zum Unterhalt beitrage, während fast jede Proletarierfrau mit erwerben muss.

Betriebsunfälle kamen 8 vor, das Gewerbegericht wurde 1 Mal angerufen, ebenso das Unfall-Schiedsgericht.

Im Allgemeinen betrug die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Durchschnitt 5/4 Prozent, die Verschlechterung 18 Prozent, bei 97 Kollegen blieben sich die Verhältnisse in den letzten zwei Jahren gleich.

Zum Schluss sprechen wir noch die Hoffnung aus, dass angesichts dieser miserablen Berufsverhältnisse die noch indifferenten Arbeiter der Graveur- und Gießerwerkstätten zu der Erkenntnis kommen mögen, dass nur fester Zusammenhalt der Kollegen durch gute, gewerkschaftliche Organisation das einzige Mittel ist, ihre Lage zu verbessern und die Zustände des Berufes günstiger zu gestalten.

Vom Koalitionsrecht in Preußen.

Die Textilindustrie beruht zum großen Teil auf der Frauenarbeit. Die Frau hat gewohnheitsmäßig weniger Bedürfnisse als der Mann und arbeitet schon deshalb billiger als dieser. Der Textilarbeiter hat daher ein selbstverständliches Interesse daran, dass die Frau für dieselbe Arbeit denselben Lohn bekommt, den er bezieht, denn nur bei gleicher Bezahlung der Männer- und der Frauenarbeit in Beziehung auf eine und

dieselbe Waare kann er hoffen, durch eine Lohnbewegung sein berufliches Einkommen dauernd aufzubessern. Damit nun die Frauentöne erhöht werden, ist es unumgänglich nötig, dass die Arbeiterinnen sich organisieren; nicht vereinzelt, sondern nur zusammen können sie den einzelnen wie die Gesamtheit der Unternehmer dazu bringen, ihre Forderungen zu erfüllen. In Betracht kommt dabei noch, dass ein Unternehmer leichter auf die Wünsche seines Personals eingeht, wenn er weiß, dass seine Konkurrenten dieselben Forderungen beivolligen müssen, in welchem Falle also seine Konkurrenzsfähigkeit entweder gar nicht oder nicht in dem Maße als sonst vermindert wird. Die Beteiligung der Arbeiterinnen an der Gewerkschaft ihres Berufs liegt also im wirtschaftlichen Lebensinteresse auch der Arbeiter. Im Bund mit der Berufsgenossin kann der Arbeiter in den Berufen, wo die Frauenarbeit ausschlaggebend ist, seine Lage vor Verschlechterung schützen oder sie verbessern, ohne die Mitwirkung der Berufsgenossin kann er's nicht. Folglich wäre § 152 der Gewerbe-Ordnung, der alle Verbote und Strafbestimmungen aufhob, die gegen das Gewerkschaftswesen bestanden, für die Textilarbeiter gewissermaßen inoperant, wenn man ihrer Gewerkschaft, dem Zentralverband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, die Mitgliedschaft der Arbeiterinnen verböte. Die heilige Hermendad selbst hat bisher in Preußen sich der selbstverständlichen Einsicht nicht entzogen, dass auch das arbelnde Weib den Gehalt des § 152 der Gewerbe-Ordnung hat. Der allerneueste Kurs in Preußen scheint aber auch hierin das Unternehmerinteresse allen anderen Erwägungen voranzustellen. Man schreibt uns nämlich:

Am 16. d. M. meldete ein Arbeiter in Nettwig a. d. Ruhr eine Versammlung mit der Tagesordnung an: Gründung einer Filiale des D. Textilarbeiter-Verbandes. Die Genehmigung wurde von der Bürgermeisterei davon abhängig gemacht, dass Frauen dieser Versammlung nicht bewohnen dürften. Um die Versammlung nicht unsicher zu machen, blieb nichts weiter übrig, als sich vorläufig mit dem Verlangen der Bürgermeisterei einverstanden zu erklären und dann gegen die Bürgermeisterei beim Landrat Beschwerde zu führen. Die Antwort des Landrats lautete:

„Auf Ihre gegen den Bürgermeisterei-Verwalter zu Nettwig a. d. M. gerichtete Beschwerde vom 20. d. M. erwidere ich Ihnen, dass das Verbot der Theilnahme von Frauen an den Versammlungen des Vereins der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Der Verein erörtert soziale Fragen (Verbesserung der Lage der Arbeiter, Lohnfragen etc.) und ist daher als ein politischer Verein anzusehen, auf welchen der § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1860 Anwendung findet.“

Der Landrat. Geheimere Regierungsrath.

Nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes dürfen Vereine, die bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, keine „Frauenspersonen“ aufnehmen.

Dass die im Entscheld des Landrats bezeichneten sozialen Fragen mit politischen wenigstens nicht identisch zu sein brauchen, bedarf hier keiner Erörterung. Es sei deshalb nur darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn die in dem Landratsentscheid zum Ausdruck kommende Ansicht etwa auch den Anschauungen der höheren Instanzen entsprechen sollte, dann den in den höheren Regionen der Gesellschaft in Mode befindlichen Vereinen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zc. Frauen ebenfalls nicht beitreten dürften, sofern man dem „niederem“ Volke nicht augenfällig zeigen will, dass in Preußen mit zweierlei Maß gemessen wird, je nachdem es sich um Angehörige verschiedener Klassen handelt.

„Vorwärts“.

Gerichts-Zeitung.

Zu acht Tagen Haft verurtheilte das Schöffengericht in Schmöln den damaligen Führer des Knopfmacherverbands, W. Walby, wegen Verleumdung dreier Knopfmachern.

Kann das Anleben eines Arbeiters an irgend einen von den Arbeitern gesperrenen Bauplatz oder Werkstätte, z. B. des Inhalts: „Dieser Platz ist gesperrt“, als grober Unfug betrachtet werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich ein Amtsgericht in Berlin. Der Staatsanwalt bejahte diese Frage und beantragte gegen den Uebelthäter 14 Tage Haft. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld dagegen führte aus, dass eine Verhaftung nicht erfolgen könne. Das Koalitionsrecht der Arbeiter werde einfach illusorisch werden, wenn man hier eine strafbare Handlung sehen wollte. Den Arbeitern gebe das Gesetz ausdrücklich das Recht, sich zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeits-

bedingungen mittelst Einstellung der Arbeit zu berechnen und damit sei ihnen auch das Recht auf diejenigen Mittel gegeben, welche zur Verwirklichung und Durchföhrung jenes Vereinigungsrechts erforderlich seien. Dahin gehöre vor allen Dingen das Recht, die ArbeitsEinstellung bekannt zu geben. Von einer Verurteilung des Wobilschums könne doch auch wahrhaftig nicht die Rede sein, wenn an einem Mann an der Grenze Verstoß zu lesen steht: „Dieser Platz ist gesperrt“. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Sind Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern, zu deren Abschluß sich letztere nur durch die Androhung eines Streiks bestimmen lassen, rechtswidrig? Diese höchst bedeutungsvolle Frage wurde vom Kammergericht in Berlin bejaht. Ein Theaterdirektor hatte seinem Theatermaschinenisten aus irgend einem Grunde gekündigt. Die Maschinenarbeiter erklärten sich mit diesem sollbarisch und stellten dem Direktor anheim, entweder er sei am Abend ohne Arbeiter, oder er nehme die Kündigung des Maschinenisten zurück und gewähre andere als die vereinbarten Kündigungsfristen. Der Direktor willigte ein, entließ aber, als er sich andere Arbeitskräfte beschafft hatte, den Maschinenisten und andere „Auftröher“. Die eingewilligte Kündigungsfrist hielt er nicht für verbindlich. Der Maschinenist klagte auf Entschädigung und das Landgericht entschied zu seinen Gunsten. Das Kammergericht hob das Urtheil auf und erklärte, dass die letzte Vertragsveränderung als unverbindlich erachtet werden müsse, weil sie dem Beklagten durch Zwang aufgedrängt worden sei. Diese Entscheidung gibt zu ernstlichen Bedenken Anlaß.

Wenn ein Werkmmeister nicht monatliche Gehaltszahlung vereinbart hat, gilt für ihn nur 14-tägige, nicht sechs- wöchentliche Kündigung, wie solche in § 183a der Gewerbeordnung bei festen Gehaltsbezügen vorgeschrieben ist. Das Gewerbegericht in Berlin hatte dem Kläger, der Entschädigungsausprüche für 6 Wochen gestellt hatte, zugestimmt, da es annahm, daß dem Kläger, der gegen festen Wochenlohn von 33 M. angestellt war, ein Anspruch auf sechs wöchentliche Kündigung zuzustehen. Das Landgericht Berlin I als Berufungskammer sprach dem Werkführer die weitere Entschädigung aus oben genannten Grunde ab. Wollen die Werkführer als solche nach § 183a behandelt werden, bleibt nichts Anderes übrig, als ein monatliches Gehalt zu vereinbaren und auch monatliche Auszahlung desselben.

Sind Uhren pfändbar? Vor Kurzem hat das Kammergericht diese Frage verneint. Der Gepfändete führte in der Gerichtsverhandlung an, daß er zur Ausübung seines Berufes, zwecks pünktlichen Austritts seiner täglichen Arbeit, die Uhr unter allen Umständen nötig habe, da er bei jeder Unpünktlichkeit seiner Stellung verlustig gehen würde. Der Gerichtshof erkannte diese Ausführungen als berechtigt an, die gepfändete Uhr mußte dem Verpfändungskläger zurückgegeben werden. Darnach wäre also eine Uhr, wenn der Pfänder sich in einer ähnlichen Lage befindet und nur eine sein eigen nennt, ein unpfändbarer Gegenstand.

Das Gewerbegericht in Dortmund hat in Sachen von Prämiengebern eine vom Landgericht bestätigte, allgemein wichtige Entscheidung getroffen. Ein Hüttenwerk hatte in seiner Arbeitsordnung eine Bestimmung, nach welcher jeder Arbeiter seinen Lohn in vierzehntägigen Fristen auszubehalten erhalten sollte, die Prämiengeber (Stiko- und Tagesprämien) aber erst dann, wenn der Arbeiter bis zum 1. Oktober jedes Jahres noch im Dienste des Hüttenwerkes verblieben sei. Ein Ofenstoker des Werkes war am 9. April 1894, nachdem er fast sieben Wochen für einen fixen Lohn von 1,70 pro Tag gearbeitet hatte, angetreten. Zwei Drittel der verdienten Prämie ist dem Arbeiter ausgezahlt worden, wogegen ein Drittel einbehalten wurde, was einen Betrag von 1,196 ausmacht. Das Gewerbegericht verpflichtete das Hüttenwerk zur Zahlung und zwar aus folgenden Gründen. Die Prämie sei ein Theil des Lohnes, was schon daraus folge, daß der gezahlte Lohn als ein vollständig unzureichender zu bezeichnen sei. Zudem verstoße die Bestimmung der Arbeitsordnung gegen die guten Sitten, denn dieselbe spräche der Gesellschaft das Recht zu, einem noch am 30. September austretenden Arbeiter den zu ein Drittel einbehaltenen Lohn für sich zu behalten. Wenn die Arbeitsordnung aber gegen die guten Sitten verstoße, so müsse dieselbe auch nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen als gegen die Gesetze sich verstoßend betrachtet werden. — Auch das Hamburger Gewerbegericht hat vor einiger Zeit in einem ähnlichen Falle die gleiche Entscheidung gefällt.

Vermischtes.

Weibliche Fabrik-Inspektoren in England. In einer Studie über die Berichte der weiblichen Fabrikinspektoren in England theilt Fr. Gertrud Dyhrenfurth in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (N. F. 9. Band, 4. Heft) L. II, daß die englische Regierung zu den seit Mal 1898 amtierenden ersten beiden weiblichen Fabrikinspektoren-Beamten im Laufe dieses Jahres bereits zwei weitere ernannt hat, so daß vielleicht bald der Wunsch der Verfasserin verwirklicht werden kann, die Beamtinnen je einem bestimmten Bezirk mit starker weiblicher Arbeitskraft zuzuteilen, in welchem sie engere Beziehungen zu Unternehmern und Arbeitern knüpfen und eine genauere Kenntnis der lokalen Verhältnisse gewinnen könnten. Bisher hatten die beiden Inspektorinnen ihren Sitz in London und Glasgow und bereisten von da ganz England bezw. Schottland. Bei der Auswahl der Beamtinnen sieht man von einer besonderen fachtechnischen Vorbildung ab und verlangt nur Kenntnisse im Rechnen, Schreiben, Stilk und den Arbeiter-Sprachen; jedoch muß die Ernennung durch den Minister vorausgehen, so daß schließlich nur besonders empfohlene Kandidatinnen in das Amt gelangen. Das Schlußurtheil der Verfasserin über die Bewöhrung der neuen Einrichtung ist bereits aus Nr. 7, Sp. 190, V. 30. dieser Zeitschrift bekannt; die dort dem englischen Chiefinspektor durch ein Versehen zugesandene Worte entstammen dem genannten Aufsatz, während die Neuerung des Chiefinspektors selbst, die dort weggefallen war, zu wenig auf das soziale Bedürfnis nach gewerblichen Aufsicht-Beamtinnen eingeht. Hingugefügt werden kann noch, daß auch das Urtheil der Arbeiterpresse über die beiden weiblichen Fabrikinspektoren in England nach Fr. Dyhrenfurth vorzüglich lautet.

„Soziale Praxis“.

Ein Gemüthmenschen. Sagen Sie, Herr A., wie ist in Wahrheit die Lage der Arbeiter in Ihrer Branche, ist sie wirklich so schlimm, wie behauptet wird? — Fabrikant A.: Na, ehrlich gestanden, ist sie schon recht böse! Die Konkurrenz ist groß und wenn man da seinen Verdienst haben will, kann man nicht viel Lohn geben. — „Aber doch jedenfalls genug zum Leben? — Fabrikant: Was heißt leben? Das Elend ist fürchterlich, wer atherzig ist, kann es gar nicht mit ansehen. Ich zum Beispiel bin viel zu reich dazu! — „Aber Sie haben doch Ihre Fabrik noch? — Das wohl, doch halte ich mich von der Zeitung vollständig fern. Ich habe, Gott sei Dank, einen Direktor, auf den ich mich verlassen kann. Der Mann ist unbegreifbar! Wie von Granit! Den rührt nichts!“

Städtische Arbeitsnachweise. Aus folgenden Städten liegen uns nunmehr bereits auch die Novembernachweise der betr. städtischen Arbeitsnachweissestellen vor:

	Gemeinde- Arbeits- stellen	Gemeinde- Arbeits- suchende	Belegte Stellen
Frankfurt a. M.	(w. 500 u. 42)	916 65	452 83
Stuttgart	(w. 785 u. 279)	1421 342	582 152
München	(w. 646 u. 584)	3700 1921	409 370
Havensburg	— 71	867	27

Die gemeinsame Signatur dieser städtischen Vermittelungsthätigkeit im November ist also, daß das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage außerordentlich stärker als früher übersteigt und daß nur ein geringer Prozent-satz von Arbeitern, nicht viel mehr als die Hälfte im günstigsten Falle, untergebracht werden konnte. Die Arbeitskrise des Winters hat eben begonnen. („Soziale Praxis“.)

Polizeiliches. Wer heutzutage einen Verein oder eine Versammlung zu leiten hat, der hat auch zu leiden unter den Maßnahmen, welche behördlicherseits inner- und außerhalb der Grenzen des Gesetzes getroffen werden, um uns klar zu machen, daß wir von einer Vereins- und Versammlungsfreiheit noch weit entfernt sind. Immer neue Schwierigkeiten stellen sich der Vereinsbildung resp. der Versammlungsfreiheit entgegen und wir haben stets Gelegenheit genommen, diese Schwierigkeiten zu registrieren, um unser Theil beizutragen zur Herbeiföhrung besserer Zustände, denn nur der, welcher die Uebelstände kennt, kann sich an einer Mitaktion für Beseitigung derselben beteiligen. In der Provinz Sachsen benutzt man jetzt die auf 11 Uhr angelegte Polizeistunde, um gewisse unliebsame Versammlungen, die nicht vorher zu verbieten waren, einzuschränken, man gebot um 11 Uhr Feierabend. So geschah es neuerdings in Magdeburg betrefis einer Volksversammlung und in Delitzsch wohl schon wiederholt, wie aus dem „Spächen“ zu schließen ist, daß sich die dortigen Arbeiter in Nachahmung des „Rufstretts“ leisteten. Um

halb 11 Uhr verlagten sie die Versammlung und einer nach dem andern verschwand, bis 5 Minuten vor 11 Uhr auch der mit den überwachenden Beamten allein zurückgebliebenen Vorsitzenden von dannen zog und die Beamten allein zurückließ. In welchen wollten die Schmiebe ein Vergütigen veranlassen mit Konzert, Theater und Tanz. Das Theater wurde verboten, weil das betreffende Stück sozialdemokratische Tendenzen verfolgte, und das Konzert nebst Tanz nur unter der Bedingung genehmigt, daß etwag und allein Schmiebe mit ihren Angehörigen daran Theil nehmen. In Chemnitz sollte in einer Versammlung von Textilarbeitern der Former Grenz aus Leipzig sprechen. Der überwachende Beamte bereitete dies, indem er die Ansicht vertrat, ein Nichtmitglied habe nicht das Recht zu sprechen. Auch die daraufhin erfolgte Aufnahme des Grenz genahnte ihm nicht, er behauptete nun, daß ein Former von den Textilarbeitern nicht aufgenommen werden könne. Als dann ein Vorstandsmitglied in die Diskussion über das Thema des bereiteten Vortrags eintrat, verhinderte dies der Beamte mit dem Bemerkten, es sei kein Vortrag gehalten worden, folglich könne auch keine Diskussion stattfinden. Schließlich kam es zur Auflösung, weil der Vorstand sich dieser Einwirkung des Beamten nicht fügen wollte.

Litterarisches.

Das Arbeiterrecht, erläutert von Arthur Stadthagen, früherem Rechtsanwält, Mitglied des deutschen Reichstages, Heft 9 bis 12, Preis pro Heft 20 S., gebunden in 4 Bänden 8 M., in Leder 8,50, in Leder und Celluloid 4 M. Verlag von Hans Baake, Berlin S. Wir haben auf die Vorträge dieses nunmehr abgeschlossenen, im geschmackvollen Einbande vorliegenden Werkes bereits des Ohersten hinweisen können. Es ist in der That ein unentbehrlicher Rathgeber für die Arbeiter bei allen gewerblichen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und in jeder Frage der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Die beigegebenen Formulare erstrecken sich außerdem auch auf strafrechtliche Verhältnisse, auf Geschäftsleitung und Ehecheidung, auf Klagen aus einem Darlehen, auf Klagen von Handwerkern gegen Kunden, auf den Austritt aus der Baubestellung uim. In seiner praktischen Gestalt, die die Arbeiter in allen Fällen, die es behandelt, den Rechts- und Anwalt und somit die Kosten sparen läßt, bildet es ein außerordentlich nützliches Geschenk.

Der Prozeß Liebknecht, Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgerichte zu Breslau am 14. November 1895. Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht. Preis 10 S. Berlin 1895. Verlag der Expedition des „Vorwärts“, 61 S. gr. 8°.

Am meisten Aufsehen unter den Prozessen in der Periode des Septemberrufes erregte der Prozeß Liebknecht. Er ist auch von historischer Bedeutung für die Geschichte der deutschen Justiz, noch in späterer Zeit wird man sich an ihn erinnern, wenn man die Zustände Deutschlands am Ausgange des 19. Jahrhunderts schildern wird. Deshalb ist es sehr verdienstlich gewesen, in Broschürenform die Verhandlungen des Prozesses herauszugeben. Der Werth der Schrift wird durch das Vor- und Nachwort Liebknecht's in hohem Maße gesteigert. Wir sind sicher, daß keiner unserer Leser die Broschüre ohne Nutzen lesen wird.

Sein Jubiläum. Ein Bild aus dem Handwerkerleben, in einem Aufzuge von Ernst Preczang. Berlin 1896. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. Preis 40 S.

Ein ehrfamer Schuhmachermeister feiert das Jubiläum seiner 50jährigen Berufstätigkeit unter den allertrübsten Verhältnissen. Ein Stück Hausrath nach dem anderen hat in's Pfandhaus wandern müssen, des Meisters Weib ist in Folge von Arbeit, Sorge und Entbehrungen krank geworden, der Meister selbst hat alle Hoffnung außer der auf Gott verloren, an den er noch glaubt. Da entdeckt er, daß seine Frau ihr letztes Schmuckstück, die Ohrringe, die sie als Braut-

geschenkt empfing, verfehlt hat, um ihm an seinem Jubiläum eine Kleinigkeit kaufen zu können. Er ruft in seiner Verzweiflung Gott um Hilfe in seinen strengsten Väteren an. Da kommt der Gerichtsvollzieher und pfändet dem Meister ein Stück Weib, weil er dem Verheiratheten die Gattin von 12 M nicht bezahlen kann. Am selben Tage stellt sich eine Deputation ein, die dem Meister das Diplom bringt, worin er zum Ehrenmitglied der Innung ernannt ist. Der Obermeister der Innung hält als Sprecher der Deputation den üblichen phrasenreichen Speech, der Meister aber wirft das Diplom, das für ihn in seiner Noth völlig bedeutungslos ist, dem Schwärzer vor die Füße und erklärt, daß er eingesehen, wie sein ganzes Handwerkerleben nichts als bittere Täuschung gewesen sei. Der Kontrast zwischen ihm, dem trotz 50jähriger unermüdblicher Thätigkeit sammt seinem Weibe nun im Alter nur noch das „Armenhaus oder der Straße“ bleibt, und den reichen Vätern, die trotz ihres Nichtstuns im Genuß aller wälbischen Annehmlichkeiten schwebeln können -- dieser Kontrast hat dem Meister die Widerständigkeit der jetzigen Gesellschaftsordnung klar gemacht. Er weiß nun, daß sie untergehen und der Ordnung wird welchen müssen, wonach die sozialistische jüngere Generation, darunter sein Neffe, mit ganzer Seele strebt. Das sagt dem Meister sein Verstand; mit seinen Empfindungen aber würgelt er in der alten Epoche, wo das Handwerk noch goldenen Boden hatte. Deshalb und weil er sich in dem langjährigen freudlosen Kampfe um die Erhaltung seiner Mission von der Meistersherlichkeit geistig und körperlich aufgerieben, hat er weder Kräftigung noch Kraft, mit den sozialistischen Jüngeren für die Verwirklichung ihres Ideals thätig zu sein. Er sieht sich an nichts mehr nicht und um seinem gleichfalls armen Neffen, der ihm ein Unterkommen angeboten hat, nicht zur Last zu fallen, geht der arme Meister gemeinsam mit seinem Weibe freiwillig den Weg, von wannen man nicht wiederkehrt.

Wie nun der dem Arbeiterstande angehörnde Verfasser diese Tragödie aus dem Handwerkerleben und vorzüglich vorzuführen weiß, das ist höchst lobenswerth. Nirgends findet sich eine Uebertreibung, und die Personen, die in dem Stücke auftreten, sind keine phrasenschwanzenden Theaterfiguren, sondern Menschen, wie sie täglich im Leben vorkommen, aber doch verklärt vom Hauch der Poesie. Auch, es ist eine treffliche Dichtung, die hier der Arbeiterwelt bescheert wurde. Wie das Stück den Leser gefangen nimmt, so wird es, gut gespielt, wohl auch noch von den Breiterei herab wirken, die die Welt bereits nicht nöthig ist, als die Einrichtung einer Schuhmacherwerkstatt, und da zur Darstellung nur 7 Personen erforderlich sind, so wird das Stück auf jeder Arbeiterbühne aufgeführt werden können.

Zur Beachtung!

- Wir ersuchen um strengste Beachtung des Folgenden:
1. Alle Berichte zc. müssen mit schwarzer Tinte geschrieben werden.
2. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben. Man setze die Zeilen mindestens 2 Centimeter weit von einander, um Korrekturen dazwischen anbringen zu können und benütze nur schmales (ca. 10 Centimeter breit), leichtes Papier nicht die großen, schweren unförmigen Bogen.
3. Man schreibe alle Familien-, Orts- und Straßennamen deutlich.
4. Jede für den Vereins- oder Anzeigenthell bestimmte Notiz ist so zeitig abzusenden, daß sie, wenn sie in die nächste Nummer Aufnahme finden soll, spätestens am Dienstag Vormittag in unseren Händen ist. Später eintreffende Vereins- oder sonstige Anzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Auch sind dieselben auf ein besonderes Stück Papier zu schreiben. Auf keinen Fall sind sie auf die Rückseite eines Berichtes zu schreiben, da wir sie sonst wieder abschreiben müssen.
5. Bestellungen sind per Bestellkarte zu bewirken; ist eine solche nicht vorhanden, so sind sie auf besonderem Blatt Papier zu machen. Man sende sie so frühzeitig ab, daß sie spätestens am Dienstag eintreffen.
6. Man vermeide bei allen Berichten, Anzeigen zc. die stets beliebte Eingangsformel: „Geehrte Redaktion ersuche ich um Aufnahme des Berichtes zc.“, sondern setze stets nur Ort und Datum voran, weiter nichts.
7. Alle Berichte zc. von Organisationen sind mit dem Stempel zu versehen.
8. Berichte und Anzeigen fasse man kurz.
9. Alle Sendungen sind ausreichend zu frankiren. Briefe über 15 Gr. schwer kosten 20 S.

Redaktion und Expedition.

Briefkasten.

Dulverstadt. Wenn wir nur eine Abnung hätten, was mit der Aufgabe bez. R. und „Mollenwacht“ gemeint war.
S. Poldmann. Ja, gegen Einsetzung von A. B. C.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Pöbeln i. S. Samstag, 6. Jan., Abds. halb 8 Uhr, auf der „Windenterrasse“, Unterhaltung, bestehend in Vorträgen ersten und besseren Inhalts. Hierzu werden die Mitglieder mit ihren werthen Angehörigen freundlich eingeladen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.
Emmendingen. Sonntag, 29. Dezbr., Nachm. 1 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grünen Baum“. Wahl eines Kassiers.
Abbs. 7 Uhr Christbaumfeier mit Gabenverloosung und Tanz.

Ullingen. Samstag, 28. Dez., Abds. 8 Uhr, Versammlung bei Seigel. Wegen der Abrechnung werden die Mitglieder ersucht, die rückständigen Beiträge zu entrichten.

Pameln. Montag, 6. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Es wird ersucht, die restirenden Beiträge zu entrichten.

Juden. Sonntag, 29. Dezbr., Nachm. halb 4 Uhr, Versammlung in der „Neuen Welt“, Davenstedterstraße 60. Vortrag des Herrn Alb. Paul über: Die Geistesthätigkeit des Menschen.

Jürrach. Samstag, 28. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, in den unteren Lokalitäten des „Protokoll“ Weihnachtsfeier, bestehend in Konzert, Feiern, Deklamation, Gabenverloosung und Tanz. Eintritt für organisierte Arbeiter 10 S., für nichtorganisierte 20 S.

Neumühlau. Sonnabend, 28. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Herrn Fürst in Weilingdorf.

Nürnberg. (Mag.) Samstag, 28. Dez., Mitglieder-Versammlung bei Herzog, Neuhofstr. 9. Berichterstattung der früheren Verwaltung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer. Zahlreicher Besuch erwünscht. - Adresse des jetzigen Bevollmächtigten: Karl Breder, Werkzeuggasse 8 II; des Kassiers: Wih. Kilmmerle, Franenthormanstr. 50, Hth. I.

Nürnberg. (Sektion der Plätscher.) Samstag, 4. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Adlig von England“. - Am 11. Januar, Plätscherfränzchen in der „Gold. Rose“, Webersplatz. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch.

Odenburg. Sonnabend, 28. Dezbr., General-Versammlung. Neuwahl des Vorstandes.

Regensburg. Samstag, 11. Januar, Abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus zum „Schweiß“, Stib. Kranzgasse (Hinter'm Rathhaus).

Schönningen. Am 31. Dez. findet im Hotel „Reifan“ unser Schloßfeier statt.

Schwab. Gmünd. Sonntag, 29. Dez., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verbandsangelegenheiten.

Schwemingen. Samstag, 28. Dez., Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zur „Linde“ in Schwemingen.

Anzeigen.

Der Mechaniker Karl Eggert aus Wietfeld wird ersucht, das Buch Haupt- Nr. 109 543, das er aus Versehen mitgenommen, dem Dreher August Meier, Sammerschulebe und Maschinenfabrik, zuzustellen.
Verwaltungsgesetz Emmendingen.

Der Schlosser Ludwig Dahn aus Karlsruhe wird ersucht, seine genaue Adresse anzugeben, damit ihm sein Buch nachgeschickt werden kann.

Karl Pette, Blechner, Bevollmächtigter in Emmendingen.

Ersuche alle Kollegen, denen der Inhalt des Schmiedes C. F. W. Ruth, geb. 24. April 1856 zu Groppin i. Sachl., bekannt ist, um Mittheilung.

W. Eichen, Hamburg-B., Boitersdorferstr. 35, III.

Tüchtige, geschulte Drahtarbeiter resp. Stelmacher für Hand- und Maschinenflechterei, Weberei und leichte Schlosserarbeiten finden dauernde Beschäftigung.

J. Reitsamer & Sohn, Kgl. buher. Hof-Metallgewebe, Draht- und Stelmachereifabrik, München, Frauenstr. 7a.

Der Kesselschmied Franz Lorenz aus Zweibrücken, eingetretten am 8. Dezbr. 1894 zu Pirmosen unter Haupt-Nr. 91 189, wird hierdurch aufgefordert, die aus der hiesigen Bibliothek entlehnten Bücher Nr. 14 („Konstruktion für Kesselschmiede“) und Nr. 91 („Der Leipziger Hochvertragsprozeß“), sofort wieder abzuliefern. Die Ortsverwaltung, in deren Bereich sich B. aufhält, werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen.
Bibliothekskommission Kiel.

Der glaskauer Gustav Pka aus Schwabdingen, B. Nr. 59 408, eingetretten in Wuland, wird ersucht, seine Adresse an die Ortsverwaltung Ullingen gelangen zu lassen.

Der Schlosser Bernhard Stiersch aus Leipzig wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen den Schlosserfachverein Thürich nachzukommen. Die Adresse des O. ersuchen wir umgehend nach Thürich zu melden.

Der Schleifer und Vermaier Schöppl aus Thürich wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen den Schleifer- und Messerschmiedefachverein Thürich nachzukommen.

Ein tüchtiger Feilenhauer-Geselle findet sofort dauernde Arbeit bei Karl Schlogelmilch, Feilenhauermeister, Mehlis i. Thür.

Der Schlosser Ottomar Pünnzel geb. in Sachsen, wird gebeten, seine Adresse an C. W. A. H., Schlosserei, Waldsee i. Württ., senden zu wollen. Sollte Jemand seinen Aufenthalt kennen, so wird ersucht, B. hiervon in Kenntniß zu setzen.

Ende sofort einen tüchtigen Feilenhauer bei dauernder und lohnender Stellung.
P. Dübala, Feilenhauermeister, Ludwigsdorf b. Odenb.

Für Mechaniker und Schlosser.

Wegen hohen Alters ist in Wänden ein gutes, altes Mechaniker-Geschäft mit vollständigen Werkzeugen, Vorrath, Modellen und Zeichnungen für Dampf- und Brückenwagen zc. sofort billigst zu verkaufen. Das Geschäft ist auch für Schlosserei eingerichtet. Briefe unter B. F. 22 an die Expedition des B.

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender pro 1896!

Gediegenster Inhalt!
Für jeden Arbeiter unentbehrlich!
Inhalt: Kalendarium mit den protestantischen und katholischen Namenstagen, Geschichts-Kalender, Die Unfallversicherung für Arbeiter im deutschen Reich, Von Dr. Max Duard. Die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst, Militärausgaben des deutschen Reiches seit 1872, Stand der Reichsschulden seit 1870, Verzinsung der Reichsschulden seit 1874, Post-Tarif (für den inneren Verkehr Deutschlands und das Ausland), Vergleichende Tabelle verschiedener Geschwindigkeiten, Geschwindigkeit der deutschen Reichsmünzen, Berechnung des Arbeitslohnes für: Böhme von 12-50 S von 1/2 bis 14 Stunden, Metermaß in Fuß, Zoll zc. der verschiedenen Länder, Fuß, Zoll, Flächen- und Kubikmaße verschiedener Länder angegeben in Metermaß, Gewichte, Einnahme- und Ausgabe-Tabellen, Finanzrechnungs-Tabellen, Multiplikations-Tabellen, Münzwesen, Geseh wegen Abänderung des Gesetzes betr. die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, Erste Hilfe bei Unglücksfällen, Zeitveraleidung, Adressen der Verbandsvorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände und der Zahlstellen der durch Vertrauensmänner zentralisirten Organisationen, Verschiedenes und Notizkalender. - Der Kalender ist vorzüglich gebunden. Preis 60 S. Einzelnplare gegen Einsetzung von 70 S in Marken. Wiederverkäufer lohnender Rabatt. Durch alle Buchhandlungen und Postporture zu beziehen.
Der Verlag von

Woerlein & Comp., Nürnberg, Waizenstr. 12 14.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 8 Karten, geb. Mark 1.50. Durch J. Schorm, Nürnberg u. alle Buchhandl.